

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 25 (1911)

287 (8.12.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-555623](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-555623)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Peterstraße 20/22. Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Ulmenstraße 24, Fernsprecher 530.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschließlich Beleglohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pfg. einschließlich Beleglohn.

— Mit —
Sonntagsbeilage.

Inserate die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum für die Inserenten in Rültingen-Wilhelmshaven u. Umgegend, sowie der Filialen 15 Pfg., für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pfg.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unverbindlich. — Retenmeile 50 Pfg.

25. Jahrgang.

Rüstringen, Freitag den 8. Dezember 1911.

Nr. 287.

An die Reichstagswähler!

Am 12. Januar 1912 sollen die Neuwahlen zum Deutschen Reichstag stattfinden. Kaum jemals zuvor standen die Wähler vor einer so folgenschweren Entscheidung. Von dem Ausgang dieser Wahlen wird es abhängen, ob auch in den nächsten Jahren die Politik der Verdrängung und Ausplünderung weiter betrieben oder ob endlich das deutsche Volk zu seinem Rechte kommen soll.

Bei den Reichstagswahlen im Januar 1907 sind die Wähler von der Regierung und den sogenannten „nationalen“ Parteien hintergangen worden; viele Millionen Wähler haben sich damals in die Irre führen lassen. Der Reichstag des „nationalen“ Volkes von Scheubrand bis Wiemer und Raumann hat das Vereins- und Versammlungsrecht realistisch gesteuert, den Gebrauch der nichtdeutschen Sprache in Versammlungen beschränkt und den Jugendlichen das Versammlungsrecht zum größten Teil geraubt, hat jede Forderung für Meer, Marine und Kolonie bewilligt.

Eine ungeheure Verschwendung des Volkes war die Folge. Trotz der im Jahre 1906 bewilligten mehr als 200 Millionen Mark (Fahrtkarten- und Frachtpostensteuer, Zigarettensteuer usw.), trotz der feierlichen Versicherung der Regierung durch das offiziöse Organ, unmittelbar vor der Wahl 1907, daß keine neuen Steuern geplant seien, kam die „Finanzreform“ der 500 Millionen.

Konservative und Liberale waren vollkommen einig darin, daß vier Fünftel dieser gewaltigen Summe durch neue oder durch Erhöhung schon bestehender indirekter Steuern aufzubringen seien zum weitesten größten Teil von Arbeitern und Angestellten, kleinen Geschäftsleuten, Handwerkern, Kleinbauern. Da sich die Parteien des Willkommens aber nicht über die sogenannten Besitzsteuern noch über die Schnapssteuergabe einigen konnten, so ging das unumstößliche Gesetz in die Brüche und der neue innerlich verbundene Block der Mitte und der Rechten trat in die Erscheinung. Dieser hat die Liebesgabe für die Schnapsbrenner gerettet, die Erbschaftsteuer, die nur wohlhabende und reiche Leute hatte treffen sollen, abgelehnt und dem schaffenden Volke Bier, Branntwein, Tabak, Zigarren, Tee, ja sogar die Streichhölzer, im ganzen um Hunderte von Millionen verteuert. Oben vollstündlich verbielt sich der konfessionell-religiöse Block bei der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung, die zum guten Teile eine Verbesserung der Arbeiter, ihrer Witwen und Waisen bedeutet. Raubt sie doch den Arbeitern Rechte, die sie jahrzehntelang mit glänzendem Erfolg für die Versicherenden ausgetüpfelt haben, verlangt sie doch den schwächeren Frauen, den Waisen und den Säuglingen notwendigen Schutz und zureichende Fürsorge.

Es ist begreiflich, daß nach solchen Leistungen immer weitere Kreise erkannt, wie furchtbar sich die Reichsgläubigkeit der Wähler bei den Sottentotennutzen im Jahre 1907 rächte. Alle Nach- und Neuwahlen zum Reichstage sowohl wie zu den Landtagen und Gemeinden zeigten gemaltigen Stimmzuwachs für die sozialdemokratische Partei. Ihre Gegner wurden infolge dessen immer mehr von der Wahlkraft gepackt, und auf der Suche nach einer zugkräftigen Parole für die heranabenden Wahlen versuchten die Schachmacher wieder einmal auf den Wahltrieb, den Blick des Volkes von den Zuständen im Innern durch eine „nationale Tat“ nach außen abzulenken.

Der Karollhofhandel gab willkommene Gelegenheit dazu. Gaben und drüben schürten die kapitalistischen Kriegsgläubigen und die nationalistischen Schreiber den Wählerhaß und trieben das gefährliche Spiel so weit, daß sich der Reichsführer schließlich selbst gezwungen sah, seinen junkerlichen Bundesgenossen den Vorwurf ins Gesicht zu schleudern, daß sie den Patriotismus zu Partei- und Wahlzwecken mißbrauchten. Aber der Versuch, im Interesse der reaktionären Parteien die nationalen Leidenschaften aufzuwecken, wird dennoch fortgesetzt.

Wähler, seid auf der Hut! Bedenkt, daß Ihr am Wahltage vielleicht die Entscheidung über Krieg oder Frieden in der Hand habt.

Nicht weniger wichtig als für die auswärtige Politik wird der Wahltag für die innere Politik sein.

Fürst Bülow erklärte bei den vorigen Wahlen: „Je weniger Sozialdemokraten, um so mehr soziale Reformen“. Das Gegenteil ist richtig. Das

haben die letzten Jahre schlagend bewiesen: Die sozialpolitischen Wahlen klapperten zwar, gaben aber nur sehr spärlich Wehl.

Den Beamten und Staatsarbeitern hatte man, um sie für „nationale“ Reichstagskandidaten einzufangen, Gehalts- und Lohnaufbesserungen versprochen. Man gab den oberen gutgehehlten Beamten mit Scheffeln, den unteren, die die Aufbesserung am meisten nötig hatten, mit Löffeln. Die bescheidenen Aufbesserungen wurden aber mehr als ausgeglichen durch die neuen Steuern und die wachsende Teuerung.

Dem Volke verweigerte die Regierung, als es bei den immer steigenden Lebensmittelpreisen in seiner Not um Abhilfe schrie, jede Erleichterung. Und während der Reichsführer tiefinnig behauptete, daß die Preisse durch die Schädigung des Volkstandes die Preissteigerung verschärft habe, verlagten die sogenannten Mittelstandsreiter — Zentrum, Konservativen, Antikemiten und ihre Gefolgsschiff — jede von der Sozialdemokratie angerogene Hilfe und denunzierten dagegen den Mittelstand als den Lebensmittelveuteurer.

Neue Steuern, Lebensmittelteuerung, Volkseutrechtung, steigende Kriegsgefahr

— das hat der 1907 mit so großem „nationalen“ Tamtam begrüßte Reichstag gebracht. Nun naht der Gerichtstag! Wähler Deutschlands, seht für eine andere Wehrheit! Je härter die Sozialdemokratie im Reichstage erscheint, um so fester verankert ist der Weltfriede und die Wohlfahrt des Volkes!

Die Sozialdemokratie erstreckt die Erhöhung der politischen Macht, die jetzt in den Händen der besitzenden Klassen ist und von dieser Minderheit zum Schaden der breiten Massen des Volkes mißbraucht wird. Man benutzert uns deshalb als „Unstirler“. Törichte Antwort! Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft ist ebenwiegend ewig, wie es frühere Staats- und Gesellschaftsordnungen gewesen sind. Sie wird durch eine höhere, die sozialistische Ordnung ersetzt werden, für welche die Sozialdemokratie kämpft. Dann wird die Solidarität aller Menschen und ein menschenwürdiges Dasein für alle verwirklicht. Den Weg dazu bahnt die kapitalistische Entwicklung selbst, die alle Reime für eine neue Gesellschaft in sich birgt.

Für uns besteht zunächst die Aufgabe, alle Mittel, die uns die Gegenwart in die Hand gibt, zu benutzen, um die vorhandenen Leiden zu mildern, neue Einrichtungen zu schaffen, dazu bestimmt, den großen Massen eine höhere Lebenshaltung zu ermöglichen.

Wir fordern daher:

Demokratisierung des Staates in allen seinen Lebensbeziehungen, freie Bahn für die Entfaltung aller persönlichen Anlagen und Fähigkeiten, keine Privilegien, die rechte Person an die rechte Stelle.

Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht vom vollendeten 20. Lebensjahre an für alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, und für alle Vertretungsförder. Verhältniswahl zur Vereinfachung der mit der heutigen Wahlkreiseinteilung verknüpften fahrenden Ungerechtigkeiten.

Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems. Volle Verantwortlichkeit des Reichsführers und der Staatssekretäre. Bildung eines Ausschusses durch den Reichsführer für die Kontrolle der auswärtigen Politik. Mitentscheidung der Volksvertretung über Krieg und Frieden. Zustimmung des Reichstages zu allen Staatsverträgen.

Organisierung der Landesverteidigung auf demokratischer Grundlage. Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht für alle wehrfähigen Männer. Verabschiedung der Dienstzeit auf das zur Ausbildung für die Landesverteidigung unumgänglich notwendige Maß. Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit. Vereinfachung des Verfahrens des einjährig-freiwilligen Dienstes. Abschaffung alles Brunkes und aller feilschigen Uniformierung in Armee und Flotte.

Bekämpfung der Klassenhass und Verwaltungswillkür. Reform des Strafrechts, der Strafprozedur, des Verwaltungsrechts und des Strafverfahrens im Sinne moderner Kultur- und Rechtsauffassung. Vereinfachung aller Aus-

nahmegehebe und ausnahmerechtlichen Verwaltungsmöglichkeiten.

Sicherung des Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechts für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, von Arbeitsämtern und Arbeiterkammern. Wahl der Repräsentanten durch die Interessenten auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimes Wahlrechts. — Ausbau der Gewerkschaften durch Zuziehung von Arbeitern und Arbeiterinnen als Hilfsorgane. Gesetzlich festgelegter Normalarbeitstag von acht Stunden. Weitere Verkürzung der Arbeitszeit in gesundheitsschädlichen Betrieben.

Reform der Arbeiterversicherung. Aufhebung der Benachteiligung der ländlichen Arbeiter und der Dienstmädchen, direkte Wahl der Vertreter, Erweiterung des Rechtes der Arbeiter in den Vertretungsgremien, Erhöhung der Leistungen, Herabsetzung des Alters für den Bezug der Altersrente von dem 70. auf das 65. Lebensjahr, auskömmliche Schwangers- und Mutterschaftsversicherung, Stillprämien und unentgeltliche Hebammen- und Arztbesuche.

Volle Religionsfreiheit. Trennung der Kirche vom Staat und der Kirche von der Kirche. Streikrecht Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche Zwecke.

Allgemeine unentgeltliche Volksschule als Grundlage des gesamten Bildungswesens (Einheitschule). Unentgeltlichkeit der Lernmittel. Freiheit für Kunst und Wissenschaft.

Herabsetzung und schließliche Beseitigung der indirekten Steuern und Aufhebung der Lebensmittelpreise. Vereinfachung der Zölle auf Futtermittel. Aufhebung der Einfuhrzölle. Beschränkung der Kontrolle bei der Einfuhr von Vieh, Geflügel und Fleisch auf die unumgänglich notwendigen sanitären Maßregeln. Entschärfung des Abbaus der Industriezölle, welche die Syndikats- und Kartellbildung begünstigen und dahin führen, deutsche Industrieerzeugnisse billig dem Ausland zu liefern und sie dem inländischen Verbraucher um so teurer zu verkaufen.

Unterstützung aller Maßregeln, die Handel und Verkehr fördern. Aufhebung der Zehntartensteuer und des Prokurrenzwesens.

Stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern, zumal diese Heranziehung der Wohlhabenden und Reichen zugleich das wichtigste Mittel ist, den Schrei unserer zahlungsunfähigen Patrioten nach immer neuen Steuers- und Abgabenvermehrungen zu dämpfen.

Innere Kolonisation zwecks Steigerung der Erzeugung von Nahrungsmitteln. Ueberführung des Großgrundbesitzes in Gemeineigentum. Gründung und Förderung von staatlichen Musteranstalten und Landwirtschaftsschulen. Urbarmachung der Moore, des Zumpfs, Sees- und Unlandes. Abwehr aller Verluste, die Unterjochung und Ausbeutung fremder Völker durch die Mittel der Kolonialpolitik herbeizuführen.

Wähler Deutschlands!

Eine neue Flottenverleugung und eine neue Militärverleugung stehen in sicherer Aussicht, die die Steuerbelastung um Hunderte von Millionen abermals steigern werden. Wie bisher schon, werden auch fernerhin die Herrschenden versuchen, die neuen Lasten auf die Schultern der Widermittelten zu wälzen, und damit die Existenz der Familie weiter zu erschweren.

Nähen darum auch die Frauen, auf denen die Bürde des Haushalts in erster Linie ruht, die heute selbst noch politisch rechtlos sind, an der Aufklärungsarbeit teilnehmen und sich entschließen in den Dienst unserer Sache stellen, die auch die ihre ist.

Wähler Deutschlands! Seid Ihr mit diesen grundlegenden Auffassungen einverstanden, dann gebt bei der Wahl am 12. Januar den sozialdemokratischen Kandidaten Eure Stimmen. Selbst den Grund legen zu einer neuen, besseren Gestaltung unseres staatlichen und gesellschaftlichen Baues, der die Weisse tragen soll.

Tod der Not und dem Mühsal!

Arbeit, Freiheit und Gerechtigkeit für alle!

Euer Schlußruf am Wahltage sei:

Es lebe die Sozialdemokratie!

Parteiverband und sozialdemokratische Fraktionen des Reichstages.

Berlin, den 5. Dezember 1911.

Politische Rundschau.

Nürtingen, 6. Dezember.

Poladomsky über Justizhausgesetz und Sozialdemokratie.

Der bürgerliche Sammelkandidat für Bielefeld, Graf von Poladomsky, wird, je öfter er spricht, für die Parteien, die seine Kandidatur unterstützen, immer mehr zur Belastung. Konfervative und Liberale hat er die Verfechttheit der Modidee dargelegt, für die sich Herr von Poladomsky nicht wieder in einer Berliner Wählerversammlung benehme. Die Agrarier hat er vor den Kopf geschlagen, indem er den ihnen verhassten Reichstagsler der Handelsverträge, Caprivi, lobte, und jetzt ist er auch im Gegensatz zur schärfsten Richtigkeits im Nationalliberalismus von der Justizhausvorlage öffentlich abgerückt und hat sogar der Sozialdemokratie, die er bekämpft, einige Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Von der Justizhausvorlage sagte der ehemalige Staatssekretär des Innern, daß sie ihm unterzeichnet vom Reichstagsler Hohentlohe, 10 preussischen Ministern und 26 Bundesratsvertretern zugegangen sei, bevor er sie reformmäßig vertreten habe. Heute würde er diesen Entwurf nicht mehr vertreten, da er inzwischen Gegner aller Ausnahmegerichte geworden sei. Das ist ein erfreulicher Fortschritt, aber den „Acht auf der Ehr“, den die Justizhausvorlage für ihn nun einmal bildet, kann er durch die harte Ruhe nicht gewinnen. Seine Art der Verteidigung enthält erst recht den bedauerlichen Zustand einer Bureaukratie, die nur ein Amt und keine Meinung hat. Graf Poladomsky wäre vielleicht schon zu einem früheren Zeitpunkt zu seinen jetzigen Überzeugungen gekommen, wenn er schon früher nicht Angehöriger des Gottesglaubens gewesen wäre, sondern sich als Reichstagskandidat der Kontrolle der Demokratie unterstellt haben würde.

Ueber die Sozialdemokratie sagte der Minister a. D. und Reichstagskandidat das Folgende:

Die Sozialdemokratie hat unweifelhaft viele durch eine Art Justizhaus aus der großen Masse hervorgeholte Köpfe und gute Redner, die mit viel gewaltigem Fleiß und solchem Verständnis einzelne Fragen händelt haben, wie ich es mir nur wünschen möchte bei Rednern, die meiner politischen Auffassung näher stehen.

Es ist also noch immer so wie vor 50 Jahren, als der konfervative Führer Geheimrat Wagner, der „Kreuzzeitung“ Wagner schrieb:

Reider ist es eine lästige Angelegenheit der konfervativen Partei, diese Leute, nämlich die Sozialdemokraten, und ihren Anhang zu unterdrücken, obwohl das Gros derselben (nämlich der Konfervativen) auch nicht entfernt die volkswirtschaftliche Bildung besitzt, den sich selbst die untergeordneten Führer der Sozialdemokratie erfreuen. Als in den sechziger Jahren die Sozialdemokratie einen so bedeutenden Aufschwung nahm, da sprachen mir mehrere Parteigenossen ihre Ansicht dahin aus, daß die Sozialdemokratie doch eigentlich lauter Unfug sei und daß sie sich getrennt, die sozialdemokratischen Wortführer in einer Unterredung zu widerlegen. Durch meine Vermittlung wurde ein solches Rednerturnier arrangiert, und zwar wurden die Vertreter von jener (sozialdemokratischen) Seite aus dem Saal der Redner entnommen. Nach Verlauf einer Viertelstunde waren die Konfervativen nicht bloß stumm, sondern auch ob ihrer großen Unwissenheit vollkommen blödiert.

Reider will sich Graf Poladomsky auf ein solches Rednerturnier nicht einlassen, sondern schließt Sozialdemokraten von seinen Versammlungen grundsätzlich aus. Es wäre sonst ein Leichtes gewesen, ihm die Unrichtigkeit seiner Auffassungen zu beweisen, wenn er, gegen die Sozialdemokratie polemisch, fortfährt:

Aber eins fehlt der Sozialdemokratie, die geschichtliche Anschauung der Dinge. Man kann nicht einen Staat wie aus einer Spieltheater aufbauen, man kann ihn nicht theoretisch konstruieren.

Hätte sich Graf Poladomsky, wenn ihm, im Gegensatz zu den sehr vielen anderen antisozialdemokratischen Kandidaten die geistige Fähigkeit nicht gefehlt, mit den Schriften von Karl Marx beschäftigt, so würde ihm nicht entgangen sein, daß die Lebensarbeit dieses Schöpfers der wissenschaftlichen Sozialismus gerade darauf gerichtet war, das nachzuweisen, was Graf Poladomsky für seine eigene neueste Entdeckung zur Widerlegung der sozialdemokratischen Lehre hält. Marx hat mit ein wenig anderen Worten ganz dasselbe gesagt wie Graf Poladomsky, er hat aber aus seiner genialen geschichtlichen Anschauung der Dinge die historisch gegebene Notwendigkeit des Sozialismus erkannt. Ein utopistischer Versuch, aus der Theorie eine neue Gesellschaftsordnung zu konstruieren, ein solcher ins Extreme gehender Idealismus, wie ihn Graf Poladomsky der Sozialdemokratie zu Unrecht vorwirft, muß notwendig scheitern. Der Sozialismus ist aber nicht die Erfindung einiger geistreicher Köpfe, er ist als Lebenserscheinung das Produkt einer großen geschichtlichen Entwicklung und wird sich, eben weil geschichtlich notwendig, auch durchsetzen — gleichgültig wie die Wahl im Kreis Bielefeld diesmal ausfällt!

Die Wähler von Bielefeld aber, die in ihrer Mehrzahl der Worte des verhassten Volkes angehören, werden eine bessere „geschichtliche Anschauung der Dinge“ beweisen und sich selber am besten helfen, wenn sie den grübelnden Bureaukraten und politischen Eingänger Poladomsky mit aller Höflichkeit, die sie seiner persönlichen Eigenart schuldig sind, als Reichstagsabgeordneten ablehnen, und dem „durch eine Art Justizhaus aus der großen Masse hervorgeholten Kopf“ die Treue wahren, der großer als guter Redner mit gewaltigem Fleiß und trefflichem Verständnis ihre Interessen im Reichstag vertreten hat: dem Schloffer und Reichstagsabgeordneten Karl Severing.

Deutsches Reich

Die Konstituierung des elsaß-lothringischen Landtages. Der Landtag wurde am Mittwoch eröffnet. Bei der Wahl

des Bureau wurde zum ersten Vorsitzenden der Zentrumsgesandter Kistlin, zum zweiten Präsidenten der Gemäßigten Reichstagsabg. Böhle und zum zweiten Vizepräsidenten der Liberale Wolf gewählt.

Warum wurde der Reichstag geschlossen und nicht aufgelöst? Zu dieser Frage bemerkt die „Kreuzzeitung“, die nicht ohne Fühlung mit der Regierung ist: „Der Umstand, daß der Reichstag gestern geschlossen, nicht aufgelöst ist, gibt zu allerhand Mutmaßungen in der Presse Anlaß, als habe die Regierung die Auflösung vermeiden, um gegebenenfalls bis zur Konstituierung des neuen Reichstags bei internationalen Schwierigkeiten den bisherigen Reichstag zur Hand zu haben, da es zum Beispiel zur Aufnahme von Anleihen der Zustimmung des Reichstags bedarf. Diese Kombinationen erledigen sich aber dadurch, daß das jetzt eingeleitete Verfahren der regelmäßigen Neubeauung entspricht. Bei Ablauf der Legislaturperiode sind auch sonst die Reichstage geschlossen, nicht aufgelöst worden, zuletzt am 30. April 1903 und am 6. Mai 1898. Die Auflösung ist dann später erfolgt.“

Unzufrieden und Mißvergnügen. Herzogin Junker. Wie man sie in dieser vorzüglich und altersmäßig gewordenen Zeit nur noch selten zu hören bekommt, dringen gleich Fremdenstößen aus dem Wahlkreis hervor, den der „Konfervative Bundesverein“ des Königreichs Sachsen erläßt. Da heißt es:

Wir fragen Euch, Ihr Männer des praktischen Lebens, empfindet Ihr nicht mit uns, daß die Reichsregierung und der neue Reichstag nun endlich an die sozialdemokratische Frage herantreten müssen? Hört mit der bisherigen Vogel Straußpolitik! Wir Konfervativen bilden uns wahrhaftig nicht ein, daß wir den Patriotismus allein gewadert haben — wir wissen sehr wohl, daß auch Nationalliberale prinzipielle Gegner der Sozialdemokratie sind. Aber der Liberalismus hat das Wort Bismarcks vergessen: Der Kampf des Staates mit der Sozialdemokratie ist eine Nachfrage — unredlich läßt sich die Sozialdemokratie nicht. ... Aufrecht und gekleidet, jeden Kompromiß ablehnend, steht allein die konfervative Partei der Sozialdemokratie gegenüber.

In den Hinterwäldern des guten Königreichs Sachsen herrscht, wie man sieht, noch immer der seltsame Glaube, daß der Sozialdemokratie nur durch eine Blut- und Eisenpolitik beizukommen ist. Es läßt sich die Mißvergnügen für Äpfeln, Erbsen oder Erbsen entscheiden wollen, ist noch nicht heraus, wenigstens enthält der Wahlkreis nichts Rühres darüber. Aber schließlich sind das ja nur taktische Nebenfragen, daß man im Prinzip einig ist, ist die Hauptsache. Hoffentlich wird sich nun aber auch die Arbeiter und mit ihnen alle Freunde einer friedlichen Entwicklung darüber einig, wie mit den vorlauten Junkern im Wahlkampf zu verfahren ist. Zu früh haben sie ihr böses Trachten vertragen, und nur ihr eigenes Ungeschick trägt Schuld daran, wenn sie dem nun schon wohlverdienten Schicksal verfallen durch das Ständerecht des Stimmzettels.

Freisinniger Schwindel. Die „Freisinnige Zeitung“ wagt in einer Respekt zu behaupten, daß der „Vorwärts“ ihr bitter Unrecht tue, wenn er den Freisinn für einen Gegner des gleichen Wahlrechts für die Kommunen erkläre. Denn sowohl die freisinnige Volkspartei als die neugegründete fortschrittliche Volkspartei haben für die Kommunalwahlen die Beteiligung der Arbeiter und der öffentlichen Stimmabgabe gefordert.

Als ob damit das Eintreten des Freisinn für das gleiche Wahlrecht scheiterte. Als ob nicht durch einen Zensus sich unter Umständen viel wirksamer dem Prinzip der gleichen Wahl Rechnung tragen ließe! Und als ob nicht der Freisinn, und die „Freisinnige Zeitung“ selbst, unzählige Male erklärt hätten, daß sie das gleiche Wahlrecht für die Kommunen für unmöglich hielten. Auch im preussischen Abgeordnetenhaus ist ja von Herrn Cossel und anderen freisinnigen Rednern wiederholt die Forderung des gleichen Wahlrechts für die Kommunen bekämpft worden. Eine Stellung, die ja auch von Eugen Richter eingenommen wurde. Die „Freisinnige Zeitung“ treibt also den unverfrorenen Schwindel, wenn sie die Programmforderung der fortschrittlichen Volkspartei so auslegen sucht, als sei sie gleichbedeutend mit dem Postulat des uneingeschränkten gleichen Wahlrechts.

Der „kräftige Rind“ Vermuths. In seiner Wahlrede vom Montag hat der Reichstagsabgeordnete Vermuth erklärt, daß zur dauernden Ausperrung des Volkes aus dem Reichshaushalt noch ein kräftiger Rind nötig sei. Nun verbinden die „Tägliche Rundschau“ und die „Berliner Volkszeitung“ übereinstimmend, daß dem neuen Reichstag die Erbschaftsteuer, sogar in der gleichen Fassung, wie sie 1900 abgelehnt wurde, vorgelegt werden soll. Selbstverständlich wird diese Nachart von der „einwandfreien Seite“ deshalb gerade jetzt hinausgeschoben, um etwas Balsam auf die Wunden zu streichen, die der Steuerraub der Schwarzblauen dem Volke zugefügt hat. Diese Wunden kühlt es — die Erbschaftsteuer kann sie ihm nicht schmerzloser machen.

Schon gilt es aber auch für fast sicher, daß trotz Scheinbarem Strahlen des Schatzkammers eine neue Fotten vorlage kommen wird. Und ob die Kosten der neuen Riefenanzug einer Erbschaftsteuer allein gedeckt werden, bleibt trotz der so düßlich vor den Wahlen ausgebrochenen „patriotischen Opferwilligkeit“ der Junker mehr als fraglich. Das alles wird aber davon abhängen, wie das Volk den Reichstag zusammenruft.

Ein Mann — eine Stimme. Diejenige Gedanken wird eine vom englischen Ministerium demnachst vorzulegende Wahlreform entsprechen, die die Ungleichheit der Wahlkreise beseitigen will. In Deutschland bleibt beim Alten. Am 12. Januar wird wieder jeder Wähler im politischen Wahlkreis Deutschlands ein zwanzigmal größeres Wahlrecht haben als die Wähler in Groß-Berlin und den anderen

Großstädten und Industriebezirken. Die Regierung Behmann-Holtweg hielt eine Vorlage zur Beseitigung des Reichs-Wahlrechts für höchst überfällig.

Braue Liberale. Um die „Legende vom schwarz-blauen“ Bloß zu erweisen, schreibt die Deutsche Zeitung: „Uebrigens könnte man auch darauf hinweisen, daß es doch noch eine ganze Anzahl von Wahlkreisen gibt, in denen Konfervative und Liberale schon im ersten Wahlgange zusammenstehen. Soll man darin nun auch einen Beweis für das Bestehen eines grau-blauen Bloß sehen?“

Es gehen also auch in der jetzigen Situation noch hier und da Liberale mit Konfervativen zusammen! Der deutsche Liberalkreis bringt auch das fertig. Was nicht?

Zentrumswahlzettel. In einem für die Wahlzettel herausgegebenen Buch des Zentrumskreisbüros J. B. Kraus in Tübingen, das den Titel führt: „Der Reichstagswahlkampf 1911-12“, wird auf Seite 179 eine Tabelle über die Größe der Wahlkreise auf Grund der Reichsversicherungsordnung abgedruckt. Es heißt dort: „Nachfolgende Tabelle ist wohl geeignet, die Größe der Wahlkreise in der Reichsversicherung in das rechte Licht zu stellen.“ Nach der Tabelle sollen, ohne daß Beiträge nach dem 1. Januar 1912 bezahlt sind, folgende Renten zur Auszahlung kommen:

eine Witwe zwei Waisen			
Lohnklasse I:	34,20 M.	60,60 M.	
II:	36,00 „	62,40 „	
III:	37,20 „	64,20 „	
IV:	39,00 „	66,00 „	
V:	40,20 „	67,80 „	

Kraus schreibt dazu: „Gewiß ist diese Rente nicht übermäßig hoch.“ Das wird kein Mensch behaupten, aber es ist doch schon etwas hinzugefügt: denn nach Artikel 69 des Einführungs-gesetzes sind in dem Fall, daß nach dem 1. Januar 1912 keine Beiträge entrichtet sind, die Renten in allen Klassen gleich. Es wird für jede Witwe 25 Mark Reichszufuß und für eine Witwe drei Waisen, für jede weitere Witwe je ein Viertelteil des Grundbetrags der Lohnklasse I gegeben. Dieser Grundbetrag ist 60 Mark, folglich erhält eine Witwe drei Waisen von 60 Mark — 9 Mark, dazu 25 Mark Reichszufuß, also insgesamt 34 Mark und zwei weitere Witwe 26,50 Mark, also zwei Waisen 60,50 Mark, oder, da die Monatsrente auf 5 Pfg. abgerundet wird, erhält eine Witwe 34,20 Mark und zwei Waisen erhalten 60,60 Mark in allen Lohnklassen. Alles, was der Zentrumsmann den Versicherten der höheren Lohnklassen mehr in Aussicht stellt, wird nicht ausgezahlt.

Geldrente und Gefährdung — im Stillen Dorn. So gar auf den Marktschallern kämpfen die Heiligen beider Arden um die Seelen. Die „Deutsche Kolonialzeitung“ veröffentlicht einen Briefwechsel zwischen einem katholischen Missionar, der die einzige vorhandene Europäerschule leitet, und einem evangelischen Kolonialmissionar. — Es ergibt sich daraus, daß der Missionar nur solche Kinder in der Schule haben will, die am katholischen Religionsunterricht teilnehmen. Der Missionar beruft sich sogar auf eine „prinzipielle Entscheidung höherer Obedien“, die ihm Recht gebe. Da es sich um die einzige Europäerschule am Orte handelt, bedeutet das Vorgehen des Missionars die Vernichtung solcher Kinder, die den katholischen Religionsunterricht nicht mitmachen wollen, vom Unterricht überhaupt.

Patriotismus — bis zur Dämonie. In der Monatschrift „Verwaltung und Statistik“ hatte letzthin der Kommissar einer Provinzialsteuerbehörde angegeben, daß der preussischen Staatskasse infolge von Unterdeklarationen jährlich 60 bis 65 Millionen Mark verloren gehen. Um diesen Betrag etwa wird bei der preussischen Steuerreform das Steuerloß durch „Einberührung“ der Zuschläge erhöht werden. Die Masse der Steuerzahler muß für die Steuerbeiträge haften. Wer diese aber sind, sagt der Aufschuß des Beamten in folgenden Worten: „Bei sehr vielen Steuerpflichtigen, insbesondere Gewerbetreibenden und Landwirten, läßt sich das Einkommen nur durch Schätzung ermitteln. Ein großer Teil dieser Steuerpflichtigen gibt, in der begünstigten Annahme, daß ihm unrichtige wissenschaftliche Schätzung gar nicht oder doch sehr selten nachgewiesen werden können, Jahr für Jahr sein Einkommen schätzungsweise absichtlich zu niedrig an.“ Die kolossale Wertminderung der landwirtschaftlichen Produktion kommt in den Steuerlisten fast gänzlich zum Ausdruck. Der Lohn des Arbeiters und Privatangestellten muß der Steuerbehörde denunziert werden. Die Rentattributionen oder bestimmlen den Staat um Tausende von Millionen. Sie plündern uns aus und wollen uns obendrein noch regieren!

Es wird zu wenig Schnaps getrunken! Der soeben veröffentlichte Geschäftsbericht der Spirituszentrale teilt mit, daß der Trintverbrauch an Schnaps gegen das Vorjahr zwar um 16 Millionen Liter gewachsen ist, „was aber nicht eine tatsächliche Ausdehnung bedeutet, sondern im wesentlichen darauf beruht, daß im Vorjahre noch alte Vorräte aufgebraucht wurden.“ Wenn die Arbeitermassen der Schnapskonfiskation eingegeben bleiben, werden die Junker nicht mehr allzuviel Liebesgaben einladen.

England.

Behmann und Grey. Behmanns Rede über die englische Politik wird von der Londoner Presse durchweg ruhig erörtert. So weit man ihr Schärfe gegen England nachsagt, wird diese ausnahmslos auf Wahlrückstände zurückgeführt. — Dienstagabend hat der englische Minister des Auswärtigen Grey in Plymouth eine Rede gehalten, in der er sagte, wenn Frankreich und Deutschland, wie die englische Regierung glaube, ihre Streitfragen hinsichtlich Marokkos geschlichtet haben, so müßte ein solches Resultat eine wohlthätige Wirkung auch auf die englisch-deutschen Beziehungen haben. Das politische Barometer müßte steigen, wenn erst die marokkanische Depeffion vorbeigezogen sein werde.

Achtung! Achtung!
Maschinen, Heizer u. verw. Berufe.
 Sonnabend den 9. Dezbr., abends 8.30 Uhr,
 in Sadowassers Tivoli:
Öffentl. Versammlung.

Vortrag des Kollegen Ruch-Hamburg
 über: Die Entwicklung der Dampfstraft und unsere wirtschaftliche Lage.
 Jeder im genannten Berufe Arbeitende muß hierzu erscheinen.
Der Einberußer.

Wilhelm - Theater
 (Seemannshaus).

Freitag den 8. Dez., abends 8.15 Uhr:
 Schauspiel - Abend!

Die Grille.

Vollständ. in fünf Akten.
 Billetverkauf in der Expedition des Nordd. Volksbatts.

Restaurant Belz, Heinestr. 4.
 Sonntag den 17. Dezbr., nachm. 4 Uhr:
Grosser Weihnachts-Preisskat.

Jeder Mitspieler erhält einen Preis.
 Ausgespielt werden 3 ger. Schinken, kleinere Schinken, mehrere Stübe
 Schinken, Speck, Wurst und Rittwurst.

Wer bei FRITZ BOCK kauft
 Kurz-, Weiss- und Wollwaren.
 Bevor du kauft, bedenke, wo du kauft!
 Rüstringen, Peterstrasse 38.

Nur solange Vorrat reicht!
 Um mein großes Lager in
Laufdecken und Luftschläuchen
 zu räumen, verkaufe ich zu jedem annehmbar. Preise
 unter weitgehendster Garantie.
Fahrrad-Handlung Höffen, Rüstringen,
 Verlängerte Wölfersstraße 11.

Sämtliche Drucksachen liefert Paul Kug & Co.
Haselnüsse per Pfd. 44 Pf.
Wallnüsse, beste große . . per Pfd. 52 Pf.
Kokosnüsse, große . . . per Stk. 30 Pf.
Kirschmandeln . . . per Pfd. 120 Pf.
Feigen, per Pfd. 30 Pf., Süsschen 35 Pf.
Pfeffernüsse, m. u. o. Guß, p. Pfd. 40 Pf.
J. H. Cassens, Rülfr., Peterstr. 42. Schaar.

Wille's echte Doure Portweine
 zu haben in
 Kolonialwaren- und Delikatess-Geschäften.
Carl Wille, Hoflieferant, Oldenburg.
 : Nordwestdeutsches Wein-Importhaus. :

Wilhelm Bremer
 Peterstrasse 33, Möbelfabrik. Peterstrasse 33.
Grösste Auswahl in
 kompletten Zimmer - Einrichtungen, Salons, Herren-,
 Speise- und Schlafzimmern,
 Ergänzungs- Möbel, Buffets, Vertikows, Garnituren,
 Schreibtischen etc. etc.
Caroline pine-Rüben-Einrichtungen zu Fabrikpreisen.
 Anfertigung sämtlicher Möbel auch nach
 gegebener Zeichnung.

Alkoholfreie Punsche
Alkoholfreie Weine. ::
J. H. Cassens, Rülfr., Peterstr. 42. Schaar.

Sie wissen nicht
 — was Sie zu Weihnachten —
 schenken sollen?

Die schönsten Geschenke
 an denen jeder in der Familie seine
 Freude hat, sind — Gaskocher, Gas-
 platten, Gaskronen, Tisch-Lampen,
 Badeöfen, Warmwasser-Apparate etc.

Installations-Abteilung der Gaswerke
 :: Wilhelmshaven-Rüstringen. ::

Ausführung von Gas-, Wasser-, Elektrizitäts- und Spülklosettanlagen.
 Ingenieur-Besuch. :: Projekte. :: Kostenanschläge.

Oldenburgische Spar- & Leih-Bank
 mit Filialen
 in Brate, Cloppenburg, Delmenhorst, Feber, Vohne, Nordenham,
 Ovelgönne, Varel und Wilhelmshaven.
Monats-Uebersicht per 1. Dezember 1911.

Aktiva.	M.	§.	Passiva.	M.	§.
Rassebestand	531 783	44	Altien-Kapital	4 000 000	—
Kommunal-Darlehen u. Hypotheken	7 336 719	84	Referenzfonds	1 900 000	—
Darlehen gegen Unterpfand	5 528 877	77	Einlagen	45 905 307	27
Wohlfeld	14 113 270	14	(Davon stehend ca. 94% auf		
Rente-Rorrent-Debitoren	30 897 430	59	halbjährige Kündigung.)		
Effekten	3 613 505	76	Sched-Ronto	2 610 122	81
Verfälschte Debitoren	1 056 204	73	Ronto-Rorrent-Kreditoren	4 877 724	99
Baut-Gebäude	328 326	45	Verfälschte Kreditoren	4 112 963	65
	63 406 118	72		63 406 118	72

Die Direktion.
 Jaspers. Janssen. Marken.

Herm. Sieckmann : Schuhmachermeister
 Grosses Schuhwarenhaus — Reparatur-Werkstatt.
 Rüstringen, Werftstr. 19, Tel. 834. Wilhelmshaven, Roonstr. 78.
 Alleinverkauf der weltberühmten
Salamander-Stiefel.

Einheitspreis für Damen u. Herren **12.50 M.**
 Luxusausführung **16.50 M.**

Spezialgeschäft besserer Damen- u. Herren-Schuhwaren
 in vornehmen Formen und besond. guten Qualitäten in
 den Preislagen **8.50 10.50 12.50 16.50 18.50 M.**
 Reparaturen werden fachgemäss sauber ausgeführt.

Vertrauenssache ist der Einkauf von Belzwaren!
 Der fortwährende steigende Wert, veranlaßt durch die anhaltend große Belzmode
 in allen Belzsorten, bedingt die größte Vorsicht beim Einkauf von Belzwaren.

Das kleidame Belzwerk ist Weltmode geworden!
 Diese wird aber leider von vielen Gelegenheitshändlern, sowie Nichtkennern
 benutzt, um geringe Ware und schlechte Arbeit für hohes Geld zu verkaufen.
 Um sich recht und gut bedient zu wissen, kaufe man nur bei einem erfahrenen
Sachmann, dieser bietet weitgehendste Garantie für sachmännische sauberste Arbeit,
 aus tadellosen, gefunden Teilen gearbeitet und hält es für Ehrensache, die Preise
 möglichst niedrig zu stellen.

Solche Garantien bietet Ihnen die bekannte Firma
Magnus Schlössel, Rüstringen, Wilh. Straße 88.

Einziges Geschäft von Wilhelmshaven-Rüstringen, wo Belzwaren in Stundt,
 Rer, Marter, Luch, Jüte, Fuchs, Cyppsum, Karmel, Ruffion usw. in
 eigener Werkstatt hergestellt werden. Sehen Sie meine Schaufenster-Anlage.

Jugend-Ausschub
 Freitag, 8. Dez.:
Vorstands-Sitzung.
Gemeinnütz. Bauverein
 Heppend (e. G. m. b. H.)
 Montag den 18. Dezember,
 abends 8 1/2 Uhr:
Außerordentliche
General-Versammlung
 in Sadowassers Tivoli.
 — Tages-Ordnung: —
 1. Statutenänderung, § 21.
 2. Neuwahl des Aufsichtsrats.
 3. Beschließungen.
Der Aufsichtsrat.
 Völler, Vorsitzender.

Bürgerverein Neuende
 Sonnabend den 9. Dezbr.,
 abends 8 Uhr:
Versammlung im Neuenhof.
 Der Vorstand.

Klub der Thüringer
 Jeden Freitag abend 9 Uhr:
Gewütl. Beisammensein
 bei Rath, Ede Grenz- und
 Börsenstraße.
 Alle Landsleute sind herzlich
 willkommen.

Disturktklub
 für Sande u. Umgegend
 Bezirk C, Sandebahn.
 Sonntag den 10. Dezember,
 abends 8 Uhr:
Versammlung
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.

Freie
Turnerschaft
 Sande und
 Umgegend
 Sonnabend den 9. Dezbr.,
 abends 8 Uhr:
General-Versammlung
 im Vereinslokal (J. Köhls).

Die Mitglieder werden ersucht,
 recht zahlreich und pünktlich zu
 erscheinen, da die Tagesordnung
 sehr wichtig ist.
 Das Turnen am Freitag
 abend 8 1/2 fällt aus.
 Der Vorstand.

Soziald. Volksverein
 für d. Stadtgem. Varel u. Umgegend.
 Freitag den 8. d. M.,
 abends 8 1/2 Uhr:
Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
 im Hof von Oldenburg (J. Meyer).
 Tages-Ordnung:
 1. Agitatorische u. organisatorische
 Tätigkeit zur bevorstehenden
 Reichstagswahl. Referent Gen.
 Schult.
 2. Wahl einer Wahlkommission.
 3. Beschließungen.
 Parteigenossen, erscheint sämtlich
 in dieser Versammlung.
 Der Vorstand.

Nordenham.
Achtung, Metallarbeiter!
 Die am Sonnabend fällige Ver-
 sammlung kann umständehalber
 nicht stattfinden, findet dafür aber
 am **Sonnabend den 10. d. M.**
 statt. Wir verweisen Ihnen heute
 auf die wichtige Tagesordnung.
 Näheres durch Zirkular.
 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
 Höchstlich und unerwartet
 starb am Dienstag nachm.
 11 Uhr meine liebe Frau
 und meiner Kinder trauer-
 gende Mutter
J. Mettgen geb. Saal
 im Alter von 37 Jahren.
 Dies bringen tiefbetrübt
 allen Verwandten und Be-
 kannten zur Kenntnis
 Rüstringen, 7. Dez. 1911
Karl Mettgen nebst Kindern.
 Die Beerdigung findet am
 Sonnabend nachm. 3 Uhr
 vom Werkstättenhause aus
 statt.

Bühnenkünstlertämpfe.

Aus einem württembergischen Wahlkreis werden schon recht nette Dinge von Wahlkorruption gemeldet, aber nur noch der Wahltag ausgeschrieben ist. In einer nationalliberalen Versammlung in Steinenbrunn wurden nach der „Schwab. Tagwacht“ mindestens 15 Flaschen Wein getrunken, die kein Steinenbrunner Bürger zahlte. In einem anderen Ort wurde der sozialdemokratische Wähler durch den Wahlleiter bei uns; da hat es Stimmung gegeben, denn da bekam man Wein zu trinken! Auch mit Jagaren war man sehr freigebig; diese sind freilich oft so schlecht, wie die nationalliberale Sache. Sturz und Gut — es geht bei der Vorbereitung der diesjährigen Wahl schon so munter her, wie sonst nur am Wahltag selbst. Indessen gibt es, wie für alles Schlechte, auch dafür eine Erklärung. Die Angst vor der Abrechnung läßt die bürgerlichen Parteien diesmal alles wagen. Und vor allem: das Mergens kommt ja diesmal direkt von oben! Die Regierung sogar hilft ja diesmal dazu mit, ganze Massen von Wählern betrunken zu machen. Denn nichts anderes, als solche Verluste der Wählerbetäubung sind die Erklärungen der Regierungsgesandten in der Budgetkommission zu unserer angeblich glänzenden Finanzlage, die natürlich durch jede neue Währungsveränderung hinfällig werden, und nichts anderes, als große Korruptionsverluste sind die Durchsicht der Angestelltenverrechnung vor den Wahlen, sowie die zuletzt gemeldete Einberufung der Kommission zur Vorbereitung eines Theatergesetzes. Nachdem man die deutschen Bühnenkünstler jahrelang hat vergeblich rufen lassen nach dem einfachsten Schutz gegen die berechtigten Engagementsverträge, soll jetzt plötzlich zwischen den Jahren und vor den Wahlen die Kommission zusammengetreten, deren längst vorgeschlagene Mitglieder längst an einer Berufung verweigert hatten, zumal aus den Kreisen deutscher Theaterintendanten die gegenwärtigen Forderungen über das künftige Theatergesetz bekannt geworden waren. Und die Schärfer der Bühnengewerbe haben sehr gute Verbindungen mit der Regierung. Sieht doch an ihrer Spitze der unferliche Generalintendant der Kgl. Schauspiele in Berlin, Graf Schöller. Wer diese Zusammenhänge kennt, vermag zu ahnen, mit welchem listigen Kugelschaden sich Regierungs- und Direktionsvertreter auf der Konferenz vom 11. Dezember begnügen werden.

Außerdem soll durch die Antändigung der unverbundenen Welsprechung der treibenden Kraft in der Frage des Theatergesetzes der Wind aus den Segeln genommen werden. Die Organisation der deutschen Bühnenkünstler, die Bühnengemeinschaft, hält diese Woche in Berlin ihre Jahresversammlung. Unter Wiffens Führung und mit einem Aktionsausfluß an der Spitze, der den energiegelassen Kampfern gegen die veralteten Rechtsverhältnisse auf deutschen Bühnen und für den sozialen Schutz der kleinen Schauspieler zusammengeführt ist, hat sich die Bühnengemeinschaft eine Wochensitzung im Theaterleben erobert. Diese Wochensitzung gilt es zu erschüttern und zu unterwühlen, dann haben die deutschen Theaterdirektoren wieder gute Zeit. Und um Mittel dazu ist man im Bühnenleben nicht verlegen, zum Teil bietet sogar die noch entwicklungsfähige Organisation der Bühnengemeinschaft selbst Anhaltspunkte dafür. So steht z. B. die Ortsorganisation des Künstlerverbandes einen nicht unerheblichen Mangel, der intrigantischen Theaterdirektoren gefallt, einzufüllen. Die Künstler eines Ortes sind nicht in eine einzige Lokalorganisation vereinigt, in der sich die Mitglieder aller Theater der betreffenden

Stadt zusammenfinden und gemeinsame Angelegenheiten gemeinsam besprechen, wobei immer die Mitglieder der einen Bühne die der anderen führen und persönliche Dinge zurückdrängen könnten. Die Bühnenkünstler teilen sich vielmehr auf der untersten Stufe ihrer Lokalorganisation nochmals in Betriebsgemeinschaften für jedes Theater, und in dieser „Gemeinschaft“ wüten natürlich dieselben künftlerischen Eifersüchteleien, wie im Betriebe selbst. Sie machen vielfach die Genossenschaftsarbeit unmöglich, vollends, wenn es den Direktoren der einzelnen Theater gelingt, einzelne Künstlergruppen des eigenen Unternehmens gegen andere aufzuwachen und anzuspielen. Es würde die Aufhebung der Theatermitgliedsverbände und ihr Aufgehen in einer einzigen Lokalorganisation für jede Stadt wahrscheinlich vieles bessern. Es kommt noch hinzu, daß die Bühnenkünstler heute noch lange keine Berufsstände mit einheitlichen sozialen Interessen sind. Noch mehr, wie bei Kaufleuten und technischen Angestellten, können junge Künstler, die das Glück haben, Modelspieler zu sein und damit ein nettes Kesselfeuer verbinden, rasch und plötzlich Karriere von einer subalternen Provinzbühne weg zu sehr gut bezahlten Stellen an großstädtischen Theatern machen und damit in kurzen Sprüngen das ganze Glend des kleinen Schauspielers hinter sich lassen. Nicht alle unter ihnen erinnern sich dann des elenden Mühsens, aus dem sie hervorgingen, und nicht alle bleiben desto treuere Kämpfer für die Vertreibung des größten Truds von ihren arm geliebten Kollegen. Auch darunter, unter der Gleichgültigkeit der Gutgestellten, leiden viele Mitgliedskollegen der Bühnengemeinschaft. Und den Wenigen, die sich soziales Empfinden bewahrt und ihre Kampfernergie betätigen, schneidet dann die subalterne Auffassung gerne persönliche Ränke unter, die sich wie Keil auf ihren Eifer legen. Die Epigen der deutschen Schauspielergesellschaften können von diesen lähmenden Einflüssen manches erzählen.

Zimmerlin — die Bühnengemeinschaft und ihr soziales Werk sind noch im frischen Fortschritt; jeder Freund sozialer Organisation und echter Volkskunst wird ihr zu ihrer jetzigen Berliner Jahresversammlung schöne weitere Erfolge wünschen. Darum, wie weit dem Verband eine Vertiefung des sozialen Verständnisses seiner Mitglieder gelungen ist, wird diesmal eine Probe insofern gemacht werden, als Anträge vorliegen, die ein Schutz- und Trutzbündnis der Schauspiel- und Sängergesellschaften mit den älteren Verbänden der deutschen Orchestermusiker und der Chorführer vorschlagen. Gelingen diese Kartellverträge, so wäre eine fast vollständige Zusammenfassung des künstlerischen Bühnenpersonals geschaffen, der sich die Organisation des technischen Körpers insofern anschließen könnte. Vom verächtlichen Liebhaber des Publikums in Paraderollen bis zum letzten Bühnenarbeiter stünden dann die Bühnengemeinschaften geschlossen ihren Unternehmungen gegenüber und hätten eine Festigung ihrer sozialen Stellung erreicht, von der aus sie vieles für die Hebung ihres Berufs durchsetzen könnten. Die Berliner Verhandlungen des deutschen Bühnenkünstlerbundes werden zeigen, wie weit es bereits für solche Pläne reif ist. Als sicher darf aber wohl angenommen werden, daß niemand dort mehr auf den Wiff der plötzlich zusammengetretenen Reichstheatergesetzkommission hereinfällt. Sie wird ein paar Protokolle fabrizieren, weiter nichts, und im nächsten Jahr es darauf ankommen, wie die Reichstagswahlen vom 12. Januar ausfallen. Kommt der große Ruck noch links, so erhalten die Bühnenkünstler ihre Schutzecke. Weicht er aus, so bleibt auch die Konferenz vom 12. Dezember eine jener schönen Dekorationen, die die Künstler in ihrer Berufstätigkeit gerade genug für täuschende Wirklichkeit nehmen müssen.

Parteinachrichten.

Die Sozialdemokratie in der Statistik. Ueber das Anwachsen der sozialdemokratischen Partei stellt Hermann Friedmann im Münchener „März“ interessante statistische Berechnungen an:

Die Sozialdemokratie ist die Freude aller politischen Statistiker. Keine Partei ist in folchem Maße berechenbar — wenigstens was die Stimmenzahl angeht (denn die Mandatziffern kennt nur Allah); der Betrachter hat das beruhigende Gefühl einer vollendeten Ueberblicklichkeit. Nichts Unmögliches hört den Statistik; Klasse und Wirtschaftskategorie sind Größen, die weniger schwanken, gleichmäßiger auswachsen als etwa die Ziffern der Handelsbilanz. Diese Gebundenheit ist die Größe und Grenze der Partei. Mit den drei Elementen: Volksernährung, Städtewachstum und Industrialisierung hat man die Berechnungsformel ihrer Wählerzahlen. Genauer: Von dem Zustuh aus diesen drei Quellen erhält die Sozialdemokratie 70 Prozent. Die Beispiels. Seit der Reichsgründung bis zur Wahl von 1907 nahm die deutsche Bevölkerung um 20,6 Millionen zu. Die damaligen 3,4 Millionen Sozialdemokraten, an der Gesamtzahl der Stimmberechtigten gemessen, entsprachen einer Volkszahl von annähernd 15 Millionen. Vom Gesamtzustuh 73 Prozent, 8,4 Millionen waren nach dem Kriege wahlberechtigt; 1907 fast 5 Millionen mehr. Von diesen 5 Millionen wählten sozialdemokratisch 66 vom Hundert. — Die Gegenprobe. Von 1878 bis 1907 stieg die Zahl der Stimmberechtigten um 4,2 Millionen; die der Sozialdemokraten von 437 000 auf 3 250 000, also um 2,8 Millionen; macht 67 Prozent des Zustuhes. Rechnet man von der Gesamtzahl Wahlberechtigter (seit 1878) die sozialistischen Stimmen ab, so ergibt sich die folgende nicht uninteressante Reihe: (in Tausenden) 8691, 8777, 8833, 9007, 8719, 8841, 9334, 9220, 10 094. Es ist somit die Zahl der Nichtsozialisten bis 1903 nur unwesentlich gestiegen; fast der ganze dem Bevölkerungszuwachs entsprechende Zustuhlag kam den Sozialdemokraten zugute. Erst die Wahl von 1907 verringerte den Anteil der Sozialisten auf 67 vom Hundert (Vorher: 90, 73 und 76 Prozent). Weiter: Die industrietreibende Bevölkerung im Jahre 1882 war 16,8 Millionen Köpfe stark. 1895 waren es 20,4; 1907: 26,4 Millionen. Das sind in 25 Jahren 9,6 Millionen mehr bei einem Zustuh von 16,8 Millionen der Gesamtbevölkerung; also 65 vom Hundert. Gleichzeitg (1881 bis 1907) stieg die sozialistische Stimmenzahl von 2,5 Millionen oder 69 vom Hundert des Zustuhes an Wahlberechtigten. Die beiden Entwicklungen gehen somit genau parallel. Die Einwohnerviertel der Städte endlich runden seit der Reichsgründung bis 1907 um 20 bis 21 Millionen; unter dieser Zahl sind 4,4 Millionen Wähler, davon 3,4 Millionen oder 72 vom Hundert Sozialdemokraten. All das ergibt eine unumgekehrte Gesetzmäßigkeit. Man wird bei einer Wahlprognose nicht erheblich fehlgehen, wenn man etwa 70 vom Hundert der neu hinzukommenden Stimmberechtigten den Sozialdemokraten zuschreibt. Infolge der veränderten Altersgliederung innerhalb der Nation wächst die Zahl der Stimmberechtigten prozentual etwas schneller als die Gesamtbevölkerung; gegenwärtig um schätzungsweise 240 000 jährlich. 160 000 bis 170 000 davon vernehmen die sozialistische Wandschaft. Sie wird in die kommende Wahl voraussichtlich mit 4 bis 4,4 Millionen gehen.

Polizei, Justiz und Reichsvereinsgericht. In Welschhofen im Kreise Dortmund-Hörde war eine Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

demokratischen Reichsvereins, die als Filiale des Sozial-

Die rote Feldpost.

Erinnerungen aus der Zeit des Sozialistengesetzes.
Von J. Well.

(30. Fortsetzung.)

Fidelio im Gefängnis.

Bei Vöfel, in Vörsch und Umgebung, hatte die Spielzucht so allerlei erlaubt, erbot sich zu einem Prozeß verdrückt. In Unterirdung sah eine Frau, die sich in geeigneten Umständen befand. In ihres Vorgesetzten Räten hatte sie mehr gepöbeln als gut und ihr wohl selbst lieb war. Das Gericht machte eine große Aktion aus der Sache. Es gab viel Berurteilungen, auch Genosse Adolf Ged bekam wieder einmal sein Teil ob.

Einige Zeit darauf erschien im Gefängnis Hof zu Freiburg ein Herr mit schwarzem Lockenfopf und Vollbart. Man beachtete ihn nicht besonders, da machte er sich auf originelle Art bemerkbar. Mit wohlklingender Stimme erscholl als Gruß an die Gefangenen eine Arie aus dem „Fidelio“. Dann bot der Herr um Aufnahme in die Gesellschaft. Dies wurde ihm wohl verweigert. Man rief ihm zu: „Solche Käuze kann man hier nicht brauchen! Es wird dem Ged wohl einfallen, so wie nichts, dir nichts fabel da herein zu wollen.“ Da zog Adolf wieder ab und holte seine Schwester, daß sie ihm beistünde, daß er ein Recht und Anspruch auf die „Gesellschaft“ habe!

So soll wie bei den Fackelzügen 1887 hatte in Freiburg die Woge der Ordnung nie zuvor gekostet. Genosse Kaufner sah wegen eines verunglückten Fackelzuges in Unterirdung. Zwei verbundene Bremser liefen in ihrer Schlußtrunkheit einen Sod, den sie im Wagon mitnehmen wollten, auf offener Straße bei Vöfel liegen. Der Sod war aber mit „Sozialdemokraten“ angefüllt. Die verurteilte Rettung kam zu spät, es wurde bei Genosse Gang in Freiburg Gangsüßung gehalten. Gang hatte auch die Adresse, ver-

schlachte sie aber vor den Augen des Kommissars Greiff. Rur ging es mit ihm ins Loch.

Staatsanwalt Wäcker verurteilte es, mit dem Schreden auf die Wahl zu gehen. Gegen zwei Tugend Genossen wurden in Schatten gesetzt, manche von ihnen trugen noch das bunte Fackelschloß. Als Adolf Ged abends anlangte, um nach dem Rechten zu sehen, geschah ihm daselbst. Wieder fand er in einem Gefängnis Hof und hatte auf seine Weise auch Einfluß. „Ich bin ein freier Mann und singe“, sang seine große Stimme in die Nacht hinaus. Da rührte es sich an vielen Gittern, und die Fremde erwirkten die Anmeldung des verhafteten Kandidaten.

Ueberfiedelung des „Sozialdemokrat“.

Am 1. Oktober 1888 erschien die Nummer 40 des „Sozialdemokrat“ als erste Ausgabe in London. Die vier Ausgewählten hatten viel Mühe und Widerwärtigkeiten zu überwinden gehabt, bis die geschäftliche Einrichtung soweit gefördert war. Frau Metteler und Joos waren schon nach London nachgefolgt. Auch Richard Hübel wollte fort. Borerst war er noch nötig, die geschäftlichen Veränderungen in Jülich mit uns in Ordnung zu bringen. Die Druckereieinrichtung wurde verkauft und eine Buchhandlung der Arbeiterstimme von C. Conzett errichtet. Wir kauften alle wie die Fußtrümpfe, bis die umfangreichen roten Literaturvorräte in das neue Lager und Ladenlokal überführt waren. In unserem Hof betrieb Genosse Karl Grimm noch eine Buchhandlung und Schreibmaterialienhandlung. Er war hier uns oft Hilfe und Geduld zugleich.

Wald merkte das Bismarckische Spitzelbureau, daß der verlorene Kasten in Jülich noch wacker am Leben war und sich regte betätigte. Seine Organisation blühte auch weiter, und es wurden neue Sozialverbündungen unternommen. Gatten sich früher mit Vorliebe Gde der Nation diesem Geschäft gewidmet, so auch jetzt. Anfang März 1889 berichtete die „eiserne Wache“, daß ein ehemaliger Leutnant v. Arndt und ein Herr Schmidt in die Schweiz abgereist wären, um zusammen mit einem Herrn Alfred v. Partung zu operieren.

Beionders Berliner Ausgewiesene sollten aus Storn genommen und in die Fänge der Spitzel gelockt werden.

Witte März waren sie schon am Werk, doch fanden sie keine Gegenliebe, wie wir erläutern.

„Greiff“.

In Deutschland suchte man in der Korruption nicht minder sein Heil. In Freiburg i. A. stand Genosse Friedrich Gang trotz Prozeßen und Gefängnis von Anfang bis Ende der Feldpost aufrecht zur Hilfe. Sein beiderer „Freund“ war der Kommissar Greiff. Vielen eifrigen Herrn hielten wir lange für den Urheber der Wohlgefühls-Wachenschaften, da der Name Wohlgefühls uns noch unbekannt war und er mit Vorliebe von Freiburg aus seine „Minen“ legte. Diesen Greiff hatte der „rote Frieder“ rechtlichlos geirrt. Den Vierterhof des Gang, den er auf seinen Gängen stets unter dem Arm trug, nannte Greiff allemal das „Crucifolli“. Nun nannte Gang seinen vierfüßigen Begleiter „Greiff“. So oft der Kommissar in Sicht kam, wollte das kleine Vieh nicht „folgen“, und es mußte von seinem Herrn schmeichend gerufen werden. Darob aber erlittete die Freundschaft des Kommissars nicht. Der rote Frieder wurde fleißig von ihm angebetet. Gang sollte beileibe nicht für die Polizei Stundschalk liefern. „Nur im Interesse der großen liberalen Partei“, meinte Greiff zu ihm, „da ja doch nur daselbst will wie Sie.“ Man wollte sogar gerne die Hausmiete übernehmen, nur um zu beweisen, daß man dem Volk und Mittelstand wirklich helfe. Nicht nur mit Worten, wie die Sozial-

In der Halle.

Jetzt tat auch Spitzelwerber Wohlgefühls wieder fleißige Arbeit. In Klein-Vöfel wurde er oft verhandelt mit Arbeitern geüben. Da erhielt aus Vöfel einen Brief vom Genossen Valtbafar Aug, dem ein anderes Schreiben beilag, das die bekannte Zeitschrift des „Merkenthaler“ trug. Diesmal nannte er sich „Schwarzwalder“. Er wollte gegen reichliches Entgelt Berichte über den immer noch blühenden Schmutz, über Verleumdungen und Agitation haben. Sofort

Demokratischer Kreisverein errichtet worden. Als die Fiktion eines völlig ungetriebenen Verlangens der Polizeiverwaltung nach Einreichung der Statuten und der Vorstandsmitglieder nicht nachkam, erhielten die Genossen gar noch Strafmandate von 15 Mark. Die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ kritisierte das Vorgehen der Polizei in einem Artikel: „Es geht nichts über den Scharfmann und die Geheimeskenntnis der Polizeiverwaltung“. Es wurde ausgesprochen, daß die Polizei von Westhofen anscheinend den § 3 des Vereinsgesetzes nicht kapiert habe und sich bei irgend einer Gemeindevorwaltung über die Bestimmungen des Gesetzes orientieren möge. Die Polizei sah nun wohl ein, daß ihr Vorgehen unberechtigt war, die Strafmandate wurden zurückgezogen. Außerdem fühlte sich Amtmann v. Daniels durch die überaus milde Kritik nun noch beleidigt und stellte Strafantrag. Der Staatsanwalt beantragte wegen schwerer Beleidigung 100 Mk. Geldstrafe. Urteil des Gerichts: 50 Mk. Geldstrafe.

Eine zweite Sache, die am gleichen Tage gegen den Redakteur der „Arbeiterzeitung“ verhandelt wurde, betraf ebenfalls das Vereinsgesetz. Die italienischen Mitglieder des Bauarbeiterverbandes wollten beim Wirt Schulte-Derne in Gahnhofen eine Mitgliederversammlung abhalten. Der Wirt hielt es für nötig, dies dem Polizeikommissar Müller mitzuteilen und zu fragen, ob die Versammlung stattfinden dürfe. Der Polizeikommissar erteilte ihm die Erlaubnis. In der „Arbeiterzeitung“ gemeldet, daß der Amtmann den Kommissar mit den Bestimmungen des Vereinsgesetzes näher bekannt machen möchte. Das war auch wieder eine Kritik in mildester Form. Nichtsdestoweniger erfolgte auch hier wieder Strafverfolgung und Strafantrag auf 100 Mk. Geldstrafe. Urteil: 50 Mk.!

Wenn die Bürger in Preußen-Deutschland durch die Unkenntnis der Polizei in ihren Rechten schwer benachteiligt werden, dann müssen sie doch selbst schweigen, wenn sie nicht obendrein noch empfindlich bestraft werden wollen. Die Polizei handelt natürlich immer im guten Glauben, und der Redakteur handelt immer böswillig. Von Wahrung berechtigter Interessen will in solchen Fällen unsere Justiz nichts wissen.

Gewerkschaftliches.

Die Sammlungen für die ausgeperrten Tabakarbeiter erwiesen werden! In allen deutschen Bundesstaaten erloschen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Aufrufe und veranstalteten Sammlungen für Streikende und Ausgeperrte. Anders in Bayern. Dort wurde im Jahre 1909 der Arbeiterkreisleiter Walter in Augsburg bestraft, weil er den Aufruf der Generalkommission zur Sammlung von Unterstützungsgeldern für die ausgeperrten schwedischen Arbeiter veröffentlicht hatte.

Um nun solchen Scherereien aus dem Wege zu gehen, hat das Arbeitersekretariat Augsburg an die Regierung das Gefühl geäußert, eine Sammlung für die ausgeperrten Tabakarbeiter bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zu gestatten und einen entsprechenden Aufruf veröffentlicht zu dürfen.

Die Regierung von Schwaben und Neuburg hat nun dieses Gefühl abgewiesen in der Erwägung, daß weder ein für die Allgemeinheit zweckmäßig, noch ein ausschließlich wohlthätiger Zweck vorliegt.

Zu allem Überfluß wurde für diesen Beschluß noch eine Gebühr von drei Mark verlangt. Die Arbeiter Augsburgs werden sich nun nicht abhalten lassen, den Tabakararbeitern ihre Solidarität zu beweisen, wenn sich auch die Regierung anscheinend auf den Standpunkt stellt, daß ein zweckmäßiger und wohlthätiger Zweck nur bei dem in Bayern schamhaft betriebenen Kirchenbettel gegeben ist.

Der Streik als Protest gegen die Polizei. Aus Königsberg i. Pr. wird gemeldet: Dienstag früh haben die hiesigen Taxameter- und Automobilführerstreikende ihre Tätig-

keit eingestellt, um dadurch gegen die in der letzten Zeit verfügten und als zu hart empfundenen polizeilichen Vorschriften zu protestieren. Es wurde eine aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Kommission gebildet, die wegen der Zurücknahme der polizeilichen Vorschriften vorstellig werden wird.

Soziales.

Rüstringen, 7. Dezember.

Achtung, Reichstagswähler!

Die Reichstagswählerlisten liegen von heute ab auch im Parteisekretariat, Peterstraße 22, zur Einsichtnahme aus, und zwar in der Bureauxzeit von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 7 Uhr.

Fräulein-Marien-Schule. Die Fräulein-Marien-Schule, städtische höhere Mädchenschule in Rüstringen, veranstaltet am Donnerstag, den 21. Dezember, von 5 Uhr nachmittags, ihren III. Elternabend im großen Saale des Restaurants „Friedrichshof“. Unter Mitwirkung sämtlicher Klassen wird dabei eine Weihnachtsfeier mit verschiedenen Aufführungen gehalten werden. In einer eingelegten Pause ist den Eltern zur Rücksprache mit den Lehrern und Lehrerinnen Gelegenheit geboten.

Vorsicht bei Bestellungen zum Weihnachtsfest. In gegenwärtiger Zeit treiben sich nicht selten Reisende umher, um für das bevorstehende Weihnachtsfest allerlei Gegenstände abzuholen, wie z. B. teure und dabei minderwertige Bläser, Zithern und auch andere Musikinstrumente. Alles zu unverhältnismäßig hohen Preisen. Speziell auf dem Gebiet des Instrumentenhandels blüht das Geschäft solcher Reisenden, da ja der Käufer nur in wenigen Fällen instande ist, den Wert oder Unwert von Musikinstrumenten zu erkennen. Mit Vorliebe nehmen die Herren die Gelegenheit wahr, in Abwesenheit des Mannes zu erscheinen, da sie wissen, daß die Frau von Natur aus leichter zu beeinflussen ist als der Mann und schwächer ihr dann allerhand Sachen auf. Der Kauf dieser Gegenstände geschieht meistens durch Unterschreift eines Beilegscheines, dessen Unterzeichnung zur Abnahme und Bezahlung der Ware unbedingt verpflichtet. Der Mann ist nach dem B.G.B. für alle diese Einkäufe der Frau haftbar; es sei denn, daß die Frau die Schlüsselgewalt überschritten habe. Dies zu entscheiden ist jedoch Sache des Gerichts und fast immer fallen die Entscheidungen zu Ungunsten des angeführten Käufers aus. Am raschsten ist es, sich auf solche Weihnachtskäufe nicht einzulassen. Alle derartige Waren können weit besser und billiger unter Garantie für Reklamation der Waren, ohne Vermittlung von Reisenden gekauft werden.

Wilmshausen, 7. Dezember.

Kriegsgericht der 2. Marine-Inspektion. Wegen militärischer Unterschlagung erhielt der Matrosen-Artillerist K. von der 2. M.A. 28 Tage strengen Arrest. Der Angeklagte soll einem Kameraden einen Ring entwendet und weiter verkauft haben. — Einen Tag Gefängnis erhielt der Zorp-Matrose S., weil er vor seinem Eintritt einem Arbeiter 6,25 Mk. samt dem Portomonne wagnahm. Er hat einen Teil des Geldes verwanzt, aber wieder zurück-erstattet. — Auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis erkennt das Gericht gegen den Geiger B. von der M.D. Der Angeklagte entsetzte sich am 8. Juli von seinem Truppenteil, reiste nach Holland und benutzte auf einem Dampfer an. Infolge Krankheit wurde er aber in Rotterdam bereits wieder an Land geföhrt. Hier war er nun ohne Geld und ohne Obdach. Die Polizei brachte ihn über die Grenze. Seit dem 22. November befindet er sich wieder bei seinem Truppenteil. B. ist bereits wegen Einbruchdiebstahl und Fahnenflucht verurteilt. — Die Verhandlung gegen den Eigentlichen B. von der 2. M.D., der des Mißbrauchs seiner Amtsgewalt, des militärischen Diebstahls und der

Unterschlagung beschuldigt ist, wird, da der Angeklagte sich krank fühlt, abgebrochen.

Aus dem Lande.

Aus dem Landtage.

Genosse Landtagsabgeordneter Sug hat im Landtage folgenden selbständigen Antrag nebst Begründung eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen: Die Staatsregierung zu ersuchen, im Bundesrat dahin zu wirken, daß dieser angefaßt der herrschenden und im Hinblick auf die im Frühjahr wahrscheinlich noch in veräusertem Maße auftretenden Teuerung Maßnahmen trifft, die geeignet sind, derselben entgegenzuwirken. Als geeignete Maßnahmen sind anzusehen: 1. Die Abschaffung der Futtermittelzölle; 2. Herabsetzung der Zölle auf Brotgetreide, Hülsenfrüchte und Gemüse; 3. Die Verringerung des Einfuhrzolls; 4. Die Erleichterung der Einfuhr tierischer Nahrungsmittel; 5. Die Herabsetzung der Zölle auf Fleisch und lebendes Schlachtvieh.

Unterstützt durch die Abga. Heller, Jid, Rebenhof, Th. J. Tanzen, Brumund, Schipper, Dursthoff, Jordan. Begründung: Die allgemein empfundene und besonders die unbemittelten Bevölkerungsschichten schwer drückende Teuerung soll aller Lebensmittel hat im Deutschen Reichstage zu einer Besprechung derselben geführt. Die Stellungnahme der Reichsregierung dazu hat weite Volkskreise durchaus nicht befriedigt. Sie lehnte es ab, von Reichs wegen zur Milderung oder Befreiung der Teuerung etwas zu tun und wies die Aufgabe den Stadt- und Gemeindeverwaltungen zu. Sie empfahl den Stadtverwaltungen, unter mehr oder weniger umfassender Ausgestaltung des Zwischenganges, den Einkauf von Lebensmitteln im Großen und die Abgabe derselben im Kleinen an die Bevölkerung zum Selbstkostenpreis. Die Durchführung dieses Vorschlags ist allenfalls auf große Schwierigkeiten gestoßen. Ganz abgesehen von der Schädigung vieler Steuerzahler, die aus dem Handel mit Nahrungsmitteln ihren Erwerb haben, können viele Stadtverwaltungen aus organisatorischen und finanziellen Gründen den Vorschlag nicht oder nur in unbedeutendem Umfang befolgen. Die Stadtverwaltungen, die ihn befolgen können, haben nur geringen Erfolg damit gehabt. Im Inlande können sie wegen der Minderzahl nicht billiger kaufen wie die Händler und vom Inlande wegen der Zölle nicht billiger wie diese beziehen. Ja, durch das Ausstreuen der Stadtverwaltungen als Käufer sind da und dort, wie z. B. bei den Seffischen, die Preise gestiegen. Die Stadtverwaltungen können dann die Lebensmittel nicht mehr billiger abgeben wie die Händler. Das ganze Unternehmen gegen die Teuerung verliert seinen Zweck. Dieser Zweck kann nur erreicht werden, wenn die Reichsregierung die im Landtage angegebenen Maßnahmen ergreift. Dazu müssen nach Lage der Verhältnisse die Regierungen der Einzelstaaten die Anregung geben.

Petition des Vereins Maschinenhaus, betr. Verrückung der Lohnzulagestellen.

Petition des Vorstandes des Ganderleiser Bürgervereins, betr. den Neubau eines Regierungs- und Landtagsgebäudes.

Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Tappenbeck, betr. Verrückung der Gemeinbeordnung.

Walfotte-Mebe.

Die Walfotte-Mebe des zentralen Bildungsanschlusses sind, wie die jetzt vorliegenden Berichte aus den beteiligten Orten ergeben, überall aus Verste verlaufen. Die Mitwirkenden, allen voran Frau Walfotte selbst, haben die ihnen übertragene Aufgabe aufs vorzüglichste gelöst. Es waren in der Tat genutzte Stunden. Das Programm

So entließ mich der Herr Hauptmann. Und richtig bald hörten wir den Sturm.

(Schluß folgt.)

Literarisches.

Die Sozialdemokratie als Arbeitsgeberin und Unternehmerin. Eine Erwiderung auf die gleichnamige Schrift des Dr. Fritz Stephan Neumann, Friedeburg-Berlin. Mit diesem Thema beschäftigt sich eine Flugzucht, die jedoch im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68, erschienen ist. Der Preis ist 10 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Expeditionen und Raporteurs.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefragen. Herausgeber Dr. Albert Schäfermann, Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 68. Probenummern werden kostenlos versandt. Preis vierteljährlich 3,00 Mk. — Das neueste Heft ist schon erschienen. Der Inhalt ist für alle Interessenten der Gemeindepolitik von größter Wichtigkeit und sollte die Lektüre dieser Zeitschrift niemand veräuern, der sich mit der Kommunalpolitik zu befassen hat.

In freien Stunden. Multiretze Wochenschrift für das arbeitende Volk. Wöchentlich erscheint ein 24 Seiten hartes Heft zum Preise von 10 Pf., das in allen Partei-Buchhandlungen und in der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 68, zu haben ist. Seit 46 u. 47 sind erschienen. — Eine gute zweifarbige Reproduktion des Bildes „Die Arbeiterleserinnen“ von Willel wird der Verlag diesmal beim Schluß des Halbjahrganges den Abonnenten gratis überreichen.

Wie prüft man Ausrüstung und Bilanz? Reichertshändlicher Führer und Lehrmittel für soziale Kapitalisten und alle Leiter der tätigen Wäse- und Handelsbetriebe. Mit zahlreichen Beispielen bearbeitet von W. G. Martens, Handelslehrer (16. Tausend). Preis 1 Mk. (Porto 10 Pf.) Verlagsgesellschaft Emil Wigt, Wiesbaden 35.

Eingegangene Schriften.

Die Zuckerkrautheit ist heilsam. Ein neues Heilverfahren von Dr. med. Otto Weymann. IV. Auflage. Preis 1,50 Mk. Verlag E. Temme, Leipzig.

fuhr ich nach Basel, denn unser „Zusatzaufsatz“ in Rheinfelden 1885 trieb mich so schnell dorthin. Zug sollte nicht zu lang, auch nicht verneinend antworten. Das tat er gleich und ich fuhr zurück in der Gewissheit, daß man nun die Sache besser deuten könne.

Wohlgemuth verlangte von Zug eine Probearbeit, um „einen Waffelsch über dessen Fähigkeit für die Honorarleistung zu gewinnen.“ Kürzlich Reichel von Bern hielt die Rede bei der Märkte in Basel. Darüber sollte Zug berichten. Zug konfirmierte einen nichtfolgenden Bericht, der mit etlichen orthographischen Fehlern verziert war. Am Schluß sagte Zug bei, daß er zu einer mündlichen Unterredung auf Schweizer Gebiet bereit sei.

Zug lachte hell auf, als Wohlgemuth den Vorschlag machte, Zug in — Rheinfelden zu treffen. So günstig hätte ich mir die Situation nicht träumen lassen, und den Wohlgemuth zog es wohl wieder an die Stätte, da er früher als wir aufgestanden war. Was der Polizeihauptmann Baumann in Rheinfelden 1885 bereit war zu tun, weigerte er auch jetzt nicht. Wohlgemuth war voll Freude, nach seinen Misserfolgen endlich ein gefügiges Werkzeug gefunden zu haben. Er schrieb ermunternd an Zug: „Wählen Sie nur lustig darauf los!“ Also nicht bloß Ausrüstungen geben, auch Vordrucke sollte Zug treiben. Damit lieferte Wohlgemuth selbst die Handhabe, an der die Schweizer Behörde ihn festhalten konnte.

Genosse Bullschlager wanderte jetzt nach Rheinfelden, um die nötigen Schritte zu veranlassen. Polizeihauptmann Baumann war bereit. Mit diesem Waffelsch an der Hand konnte selbst die Bundesbehörde in Bern ihre Zustimmung nicht verweigern.

Derweilen hatte Wohlgemuth sich noch an einen Parteigenossen in Basel gewandt. Der Weidich lautete wieder ablehnend, damit gab sich Wohlgemuth aber nicht aufrieden, sondern er schrieb an den Genossen zurück: „Sie sind ein großer Feind. Ich teile doch selbst Ihre Betreibungen, und neben der Förderung derselben hätten Sie noch monatlich 200

Mark verdient!“ Auch diese Korrespondenz wurde den Schweizer Behörden zur Verfügung gestellt.

Am Ostermontag, den 21. April 1889, fuhr unser Valthes Zug nach Rheinfelden. Wohlgemuth ließ nicht lange auf sich warten, und sie gingen nach der zur Unterredung bestimmten Wirtschaft. Drei Herren der Rheinfelder Polizei hatten sich in Zivil zur Begegnung der Unterredung bereits an einem Tisch niedergelassen. Wohlgemuth schloß mit Reden, der Stellnerin. Sie bewunderte seine schönen Fingerringe, und verheicherte leichtlich auf seine Frage, wer die Herren seien: „Das sind Wafflinger von Basel.“ So begann die Unterhaltung. Wohlgemuth zog alle Register, den Zug zu eifriger Arbeit zu bestimmen. Dieser aber erwiderte zuletzt bestia, daß er für solche Sorte Arbeit danke. Die schon erhaltenen 200 Mark aber habe er der Armenkasse überwiesen. Da sprangen die Polizeibeamten auf und verhafteten den Spickelwerber. Der brief sich auf seine Polizeieigenenschaft, und als das nichts half, wollte er nur als Privatmann hier gewesen sein.

Zug erhielt zur selben Stunde nach Zürich ein Telegramm, daß „Freund“ Wohlgemuth in sicherem Gewohrsam sei. Diese Depesche wollte ich nach London weitergeben, da weigerte sich der Beamte, sie zu befördern, da diese Sache politisch sei und Deutschland betreffe. Durch telefonische Anfrage erhielten wir vom Polizeihauptmann Fischer die Erlaubnis zur Abendung.

In dieser Nacht feierten wir in einer Wirtschaft der Zähringerstraße den gelungenen Streich. Spät in der Nacht wurde mir mitgeteilt, daß die Polizei mich zu Hause suche, ich sollte sofort zum Polizeihauptmann kommen. Sofort eilte ich nach seinem Bureau an der Wasserbrücke und traf ihn dort sehr erregt, in Hemdsärmeln arbeitend. Da berichtete ich den ganzen Vorgang. „Am“, meinte er dazu, „die Sache war schon recht, aber nun könnte mir als u. f. Waffelsch gesagt werden. Meine meinedige Schreid, den Sie ihm do givelt denn, trinkt is der Wismard in, und Ihrer Polizei wohl u.“

war dezent und harmonisch. Selbst die bürgerliche Presse kann das nicht leugnen. So urteilt das „Kreisblatt“ in Delmenhorst über den dortigen Kunstabend:

„Kunst, echte Kunst, ernste und heitere, war es, die den Besuchern der Veranstaltung geboten wurde. Alles Vorgelegene atmete Wärme, Leben und Gefühl, nichts Gemachtes und für den Augenblick Geschaffenes. Alle, den verschiedensten Gesellschaftsklassen angehörenden Zuhörer wurde des uneingeschränkten Lobes voll. Erregten die Regitationen den Beifall der Anwesenden, so stellen sich diesen die musikalischen Beiträge mindestens ebenbürtig an die Seite. In Frau Balkotte lernten wir entdecken eine hervorragende Künstlerin kennen. Die Klavier- und Gesangsbeiträge der Herren Gutbeulich und Teufel lezten ein herabes Zeugnis dafür ab, welche glanzvolle Konzerte ein wirklicher Künstler einem Instrumente zu entlocken vermag. Aber auch der heilige Gesangsverein „Concordia“ erwies sich als durchaus leistungsfähig; wie wir bereits in früherer Nummer berichteten, hatte er in ausnehmender Weise seine Kräfte in den Dienst der guten Sache gestellt.“

Auch die „Delmenhorster Nachrichten“ äußern sich ähnlich in einer längeren lobenden Rezension, aus der wir folgendes wiedergeben wollen: „Günstlich des Gebotenen war das erfreulich, nämlich der gute Besuch, denn die einzelnen Nummern standen durchweg auf guter, künstlerischer Höhe. Rühmend ist vor allem, daß die Bildungsanstalt auf solche Unterhaltungsware verzichtet. ... Das allgemeine Urteil über diesen ersten vollständigen Kunstabend darf dahin zusammengefaßt werden, daß die Presse alle Ursache hat, derartige Veranstaltungen der Allgemeinheit ans Herz zu legen.“

Da das Programm in allen Orten das gleiche war, kann das sehr anerkennende Urteil ohne weiteres übertragen werden. Der Zentralbildungsanstalt und seine Leitung mag daraus einen Anstoß zu weiterer Entwicklung des Bildungswekens entnehmen, und wird er hoffentlich in diesem löblichen Bestreben, dem Proletariat gute, echte volksernennende Kunst zu geben, noch mehr als bisher von der Arbeiterklasse unterstützt.

Barel, 6. Dezember.

Der **Fabrikarbeiter-Verband** hält am Sonntag nachmittag 5 Uhr eine Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Willers ab, worauf die Mitglieder aufmerksam gemacht werden.

Die **letzte Fahrt**. Der bei dem Einfahren eines Automobils verunglückte **Monteur Wille** ist seinen Verletzungen erlegen. Auf einem als Leichenwagen hergerichteten Automobil wurde heute früh die Leiche des 23jährigen Verunglückten nach seiner Heimat Gremmlinde überführt. Um den Angehörigen der **Hansa-Automobil-Gesellschaft** Gelegenheit zu geben, ihrem Kollegen und Mitarbeiter das letzte Geleit zu geben, war das Werk bis 10 Uhr morgens geschlossen.

Oldenburg, 7. Dezember.

Eisenbahn-Anfall. Amlich wird uns gemeldet: Dienstag nachmittag 4 1/2 Uhr sind Maschine und Wagon des um 5.19 Uhr in Oldenburg fälligen Personenzuges 27 in Stille entgleist. Der Anstoß an den D-Jug 101 wurde nicht erreicht. Die Reisenden mußten mit einem Oldenburger Hilfszuge abgeholt werden und kamen infolgedessen erst um 7 1/2 Uhr in Oldenburg an. Verletzungen sind nicht vorgekommen. Der Materialschaden ist unbedeutend. Die Züge können durchgeführt werden.

Delmenhorst, 8. Dezember.

Die Weihnachtsfeier der Delmenhorster Arbeiterschaft findet am 2. Weihnachtstage in den beiden Sälen der „Spiegelhalle“ statt. Zu dem Programm sind vorgelesen: Konzert, Zangenbaumfeier, kinematographische Vorstellungen und Ball. Alles nähere wird noch bekannt gegeben. Eine allgemeine Verteilung der Delmenhorster Arbeiterschaft wird auch dieses Mal erwartet.

Nordenham, 7. Dezember.

Wüstung, Parteigenossen! Die auf Mittwoch, den 6. Dezember angelegte Sitzung konnte nicht stattfinden.

Dieses ist nun angelegt auf Freitag, den 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr in **Kohners Lokal**. Sämtliche Parteifunktionäre sind hierzu dringend eingeladen. Keiner darf fehlen.

Aus dem Stadtrat. In der letzten Sitzung wurde folgendes verhandelt: 1. Anstellung eines Nachwächters. Aus Gesundheitsrücksichten ist der bisherige Nachwächter Schüler von seinem Amte zurückgetreten. Vom Magistrat ist an dessen Stelle der Hauswart des Rathauses, Juchel, in Vorschlag gebracht, unter den bestehenden Bedingungen. Der Stadtrat stimmt diesem Vorschlag zu. 2. Beschaffung von Stunden zum Schutze der Nachwächter. Der Magistrat hatte sich damit befaßt und schlägt dem Stadtrat vor, für die Nachwächter Stunde zu beschaffen, weiter sollen die Nachwächter Gehälter erhalten. Nach einer vorliegenden Skizze des Oberwachmeisters können Stunde zum Preise von 45 Mk. pro Stück gekauft werden. Den Wächtern sollen ferner 80 Mk. für Futtergeld gewährt werden. Es entspann sich hierüber eine längere Debatte. Die Mehrheit des Stadtrats ist nicht für Anschaffung von Stunden, es wird daher der Magistratsantrag abgelehnt. Ebenfalls wird der Antrag auf Anschaffung von Helmen abgelehnt. Ein Antrag des St.-M. Gutmisch, den Magistrat mit einer Neuordnung des ganzen Nachwachtwesens zu beauftragen, findet Einstimmigkeit (6 gegen 6 Stimmen). Der Stadtrat wird darüber in nächster Sitzung nochmals abstimmen. 3. Renzierung von Gemeindevorständen. Die bisherigen Vorstände, deren Dienstzeit am 1. Januar 1912 endet, Nordhausen jun. Meins, Uhrmacher Th. Schmidt und Kaufmann Ed. Hüpers-Nordenham, wurden wiedergewählt. Als Ersatzmänner wurden gewählt: Josef. Konhold und Selmers. 4. Einführung der Berufsordnungssatzung, 2. Befugung. Der in der Stadtratsitzung vom 6. November gefasste Beschluß auf Einführung der Berufsordnungssatzung wurde ohne Debatte in zweiter Lesung wiederholt. 5. Wasserversorgung betr. Mitgeteilt wurde die von der Firma Franke-Bremen hergegebene Projekt, wonach geplant ist, den obenbegriffenen Unterwiesengemeinden von Hude aus mit gutem Trinkwasser zu versorgen. Es hat zu diesem Zwecke bereits eine Versammlung in Elsfeld stattgefunden, woran die Vertreter der einzelnen Gemeinden teilgenommen haben, wo von einem Vertreter der Firma Franke das Projekt erläutert worden ist. Eine Kommission ist ebenfalls dort eingeteilt. Der Magistrat empfiehlt, sich an diesen Kommissionsverhandlungen durch den Bürgermeister vertreten zu lassen. Der Stadtrat ist allgemein der Ansicht, daß in der Wasserversorgung etwas geschehen muß und erklärte sich deshalb mit der Ausarbeitung des Projektes einverstanden. 6. Dem Gesuch der Firma Raiters Stoffgeschäft um Ueberlassung der Jakobstraße mit elektrischer Leitung wurde unter den bestehenden Bedingungen vom Stadtrat zugestimmt. 7. Feststellung der Realisierungsrechnung. Vom Kämmerer wurden die zur Rechnung erbobenen Monats- und Beamtungsverleihen. Die Ueberlassungssumme beträgt circa 12.000 Mk., die nach aufzubringen sind. Ratsherr Wornsch ist für Tilgung durch Umlagen. Der Stadtrat ist gegenwärtig Ansicht und beschloß, die Ueberlassungssumme bei der Ersparungskasse mit anzulegen. 8. Sonstiges. Der Vorsteher teilt mit, daß vom Rabelwerte 500 Mark geschenkt seien für Anschaffungen in der Volkshochschule. Weiter wurde eine Entscheidung des Oberkollegiums mitgeteilt, wonach die Nichtentschädigung für die Volkshochschule 600 Mk. betragen soll. Der Stadtrat hatte vor einiger Zeit die Nichtentschädigung auf 550 Mk. festgelegt. Die Lehrer haben hiergegen Beschwerde erhoben. Diese Angelegenheit hatte noch eine längere Debatte zur Folge, die damit endete, daß der Vorsteher ermächtigt wurde, gegen die Verfügung des Oberkollegiums die nötigen Schritte einzuleiten. Dem Stadtrat hält nach wie vor die Nichtentschädigung von 550 Mark für vollumfänglich. St.-M. Horns fragte an, wie weit der Reibung der Gasanstalt (in Anbetracht der Fertigstellung oder der Betriebsfertigkeit ist der 15. November) erinnere an die im Verträge festgelegte Konventionalstrafe. Ratsherr Wörning erwiderte, daß leider eine Verzögerung stattgefunden und die Gasanstalt noch nicht betriebs-

fertig sei, mit der Fabrikation von Gas aber doch in den nächsten Tagen beginnen werden könne.

Vermischtes.

Um einen Pfennig. In der „Köln. Ztg.“ lesen wir: Man liest ab und zu, daß beiderseits gewissenhafte Staatsbehörden Geldbeträge von 5, 3, vielleicht auch 2 Pf., die zu Unrecht erhoben worden sind, dem Berechtigten durch besondere Boten mit der Post zuschicken lassen, wobei sich in der Regel die Bemerkung daran knüpft, daß bei einer weniger bürokratischen Geldschickungsbehandlung Wiederholungen derart geringer Beträge nicht vorzukommen würden. Ganz vereinzelt dürfte aber der kürzlich vorgekommene Fall sein, daß eine Gemeindebehörde von der Staatsbehörde eine Steuer von 1 Pfennig (einen ganzen Pfennig) erhebt. Durch die Art der Erhebung wird der Fall noch interessanter. Ein süddeutscher, etwa 20 Minuten von der Bahn entfernter Ort, hat von der staatlichen Eisenbahnverwaltung Einkommensteuer anzusprechen. Das Bürgermeisterrat schied nun der zur Einreichung der Steuer zuständigen staatlichen Eisenbahnbehörde einen Steuerzettel, wonach an Einkommensteuer für das laufende Steuerjahr 1 Pf. zu entrichten ist. Die Verleumdung des Steuerzettels an die Eisenbahnbehörde kostet 10 Pf. Porto. Die Eisenbahnbehörde schickte nun den Steuerzettel zur Prüfung an die Eisenbahndirektion, von der er mit Prüfungsbemerkungen zurückkam. Erstere Behörde trägt den Steuerzettel in ein Verzeichnis ein und beantragt mittels einer Anweisungsvorgabe die Kasse der nächstgelegenen Eisenbahnstation mit der Zahlung und Vorauszahlung bei 8. ... Die Eisenbahnkasse schickte den Pfennig durch den Amtsdiensten an das Ortsteueramt, das für den Empfang bedankte. Vielleicht gelang es auch, den Ortsteuerbeamten auf dem Bahnhof zu erwischen und ihm den Pfennig einzubringen, vielleicht konnte der Amtsdienste die Steuer gelegentlich eines anderen Ganges entrichten, vielleicht mußte er auch einen besonderen Gang machen, da die Steuer für den und den Monat verordnet werden muß. Damit ist aber der Pfennig noch nicht vollständig untergebracht; die Eisenbahnkasse muß ihn in ihrem Kassensystem veranlassen und in die monatliche Amtsbuchung eintragen. Die Amtsbuchung geht an das Verzeichnis der Eisenbahndirektion, wo die Einnahmen und Ausgaben der Eisenbahnstationen paragrafenweise in eine Uebersicht aufgenommen werden. Erst nachdem der Pfennig bei den anderen Ausgaben für Steuern veranlagt ist, kann der Fall als vollständig erledigt betrachtet werden. Doch nein, der Beamte, der die Amtsbuchung prüft, bedarf noch sich auch noch mit ihm. Er überzeugt sich, daß der Pfennig richtig vom Steuerzettel in die Amtsbuchung, und zwar bei dem richtigen Paragraphen eingetragen wurde und bestätigt die vorgenommene Prüfung durch ein rotes —

Versammlungs-Kalender.

Sonabend den 9. Dezember.

Heidmühle.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter. Abends 6 1/2 Uhr bei G. Schüll.

Nordenham.

Metallarbeiter-Verband. Abends 8 1/2 Uhr bei Kohners.

Grate.

Buchdrucker-Verband. Abends 8 1/2 Uhr bei Cording.

Arbeiter-Gesangsverein. Bei C. Janßen.

Schiffahrts-Nachrichten.

vom 6. Dezember.

Telegramme des Norddeutschen Lloyd.

Postd. Breslau, von Baltimore, gestern Dover passiert.
Krold. Bälou, nach Ostafrika, heute Suez an.
Krold. Geden, nach Ostafrika, heute Southampton.
Krold. Hammer, von Galesien, heute Brüssel passiert.
Krold. Ring Robert, von Cuba, heute Ostafrika passiert.
Krold. Ring Heinrich, nach Alexandria, heute Ostafrika passiert.
Krold. Ring, Ostafrika, nach Marseille, heute ab Alexandria.
Krold. Reon, von Ostafrika, gestern ab Ostafrika.
Krold. Schewig, nach Alexandria, heute ab Marseille.
Krold. Westfalen, von Australien, heute ab Antwerpen.
Krold. Nord, von Ostafrika, heute Suez an.
Krold. Jiten, von Australien, heute Suez an.

Gratis 1 Puddingform mit lachendem Gesicht

für 150 Prämienbons des echten HANSA-Puddingpulvers, HANSA-Backpulvers, HANSA-Vanillinzuckers etc. Höchst originell. Grosse Überraschung für jeden Tisch. Man verlange deshalb nur „echt HANSA mit Prämienbons“. Überall erhältlich.
Nährmittel-Fabrik HANSA, Hamburg 6.

Für jeden etwas

bietet das neue, überaus reich ausgestattete Favorit-Handarbeitsalbum. Preis nur 80 Pf. Die Favorit-Muster sind einzigartig und leicht im Gebrauch. Zu beziehen
Carl Pape, Wharver Str.

Kleinfleisch

1 Pfund 30 Pf.
J. H. Cassens, Rüttingen, Peterstraße Nr. 42.

Nähmaschinen

repariert prompt und billig unter Garantie.
Adolf Eden, Maschinenfabrik, Rüttingen, Börsenstraße 12.
Auf Wunsch Abholung.

Großer Fleisch-Verkauf

von Freitag nachm. 5 Uhr ab und Sonnabend den ganzen Tag. Es kommen 5 Schweine, Rindfleisch, Linder- und Schweinehälften, frische Bratwürst in bekannter Qualität und billigen Preisen zum Verkauf.
Ed. Börsen- und Schillerstraße. Privatweg Schillerstr. 6.



Empfehle besonders billig:
Große Schenkische 20, 25 Pf., Schinken und Wurstungen 25 und 30 Pf., Rindfleisch 12 bis 15 Pf. per Pfund.
Konnak, Rüttingen, Wilhelmshafen, Lufsenstr. — Telefon 830. —

Fleischverkauf.

Heute nachmittag von 5 Uhr ab und Sonnabend den ganzen Tag werden ca. 1200 Pfund

prima Fleisch

von auf dem hies. Schlachthof geschlachteten Schweinen zu den bekannten Konsumpreisen bei

Abrahams

Eingang nur Bremer Straße 31 — verkauft. —

Morgen, Freitag, v. 5 Uhr ab:

Verkauf von frischem Schweinefleisch

bei Ziel, Siebelsburg, Middelstraße 5.

Mietverträge bei Paul Hug & Co.

Zu vermieten

vierstümmige Etagenwohnung auf sofort oder 1. Januar. Näheres
2. Dampfen, Rüttingen, Börsenstraße 57.

Zu vermieten

zum 1. Jan. eine dreizimm. Oberwohnung. Preis Wismarstr. 20.

Größere und kleinere

Familienwohnungen, der Mieter entsprechend eingerichtet, per sofort oder später zu vermieten.

Wilhelm Schulz, Bauunternehm., Rüttingen, beim Bahnübergang.

Wegen Fortzugs

nach auswärts ist eine freundliche dreizimmige Oberwohnung Nordstr. 10 zum 1. Januar 1912 für monatlich 20 Mark an eine kleine ruhige Familie zu vermieten.

Subj. möbl. Zimmer

zu vermieten.
Frau Duden, Uhlensstraße 4.

Gesucht auf sofort

ein jüngeres Dienstmädchen für den ganzen Tag.
Frau Boelen, Wilhelmshafen, Str. 34.

Gesucht auf sofort

oder zu einem nächsten Jahre

Lehrling.

Serdes & Rud., Wilhelmshafen, Wismarstraße 80.

Wirtschaft

mit voller Konzession auf sofort zu verpachten.

Wo sagt die Expedition dieses Blattes.

Frisches

Schweinefleisch

5 Pf. 3 Mk.

E. Langer

Reue Straße 10.

Verkauf von frischem

Schweinefleisch

heute Freitag von 5 Uhr ab — bei —

Fritz Rath, Rüttingen,

Ed. Börsen- u. Middelstraße.

Empfehle zum Weihnachts-

festen einen größeren Posten

Schuhwaren

zu den

billigsten Preisen.

Anfertigung nach Maß.

Reparaturen in kürzester Zeit.

L. Niemann

Jedesthr. 6 — Güterstr. 50.

Nordenham.

Sonabend von 5 Uhr an:

Verkauf von frischem

magerem Schweinefleisch

per Pfd. 60 und 65 Pf.

Fr. Jurszeck,

Werderstraße 19a.

Einen kleinen Rest

Scheibenhonig ff.

gebe ich zu 80 Pf. per Pfd. ab.

J. H. Cassens

Rüttingen, Peterstr. 42.

Trinkt
„Lebensquell“
Freibank
am Schlachthof.
Fleisch-Verkauf

Freitag abends 6 Uhr und
Sonntag morgen 7 Uhr.
Schlachthofdirektion (Soering).

Verkauf.

Wiederhändler S. Preis zu
Küftringen kauft
Sonntag den 9. d. Mts.,
nachm. 2 Uhr an,
in und bei Joh. Hofes Gast-
wirtschaft zu Küftringen, Verl.
Bismarckstraße.



20 Stück starke
Arbeits-Pferde

worunter
Russen, Dänen u. kleine Pferde.
Jowie



40 bis 50 Stück
große und kleine
Schweine

mit Zahlungsfrist öffentlich meist-
bietend verkaufen.

Küftringen, den 2. Dez. 1911.
H. Gerdes
Auktionator.

Verkauf von Holz und
Baummaterialien.

Küftringen. Die zur Küftringer
Kantonsmühle gehörigen
Hölzer und Baummaterialien, ins-
besondere:

1. Kahlhölzer, 8 cm tief.
Bohlen, 2 1/2 cm und 3 cm
starke tief. Bretter mit Rute
und Feder, Gerüstbretter,
Gerüstlatten, Rührriegel,
Setzen und Anbindedraht,
Einwölbungsbögen, Kalkst.,
Rübel und Latten, Leitern,
alle Fenster und Türen,
400 Hekt. m. Geleise und drei
Kippwagen.

Terrazzoplatten und rote
Steinplatten,
ca. 300 qm Kalkgipsplatten
ca. 30 qm Gipsplatten,
ca. 1 Wagon Gips in
Säcken
pl. m. 500 kg T-Träger, Nr.
8 bis 23,
sollen am

Montag, d. 11. Dez. d. J.,
nachm. 2 1/2 Uhr,

anfang, auf dem Küftringer Ka-
serplatz, Eingang Kaiser-
straße in Küftringen, öffentlich
meistbietend gegen Barzahlung
verkauft werden.

Der Konkursverwalter.
Dr. jur. Hertenau, Rechtsanwalt.

Kleinfleisch
1 Pfund 30 Pf.

Herm. Enke
Küftr., Bismarckstr. 6.

Trinkt

„Lebensquell“

Für 5000 Mark
bei 500 bis 1000 Mk. Anzahlung
ist ein neuerbautes, großes
Einfamilien-Haus
nebst Stall und Ader
(ca. 1000 Quadratmeter groß)
in Alohrenland zu erwerben.
Antritt 1. Januar 1912.
Geht. Anfragen unter N. 8. 60
an die Exp. d. Bl. erbeten.

Hausgrundstück
preuß. Gebiet, passend für
einen größeren gewerblichen
Betrieb. Spottbillig zu
verkaufen.
B. H. Bührmann
Bank für Hypothek u. Grundbesitz.

Billige Bauplätze.

An der Fortifikationsstraße, circa
10 Minuten vom Bahnhof Küftringen
sich schöne Bauplätze, für Ein-
familienhäuser geeignet, zu
verkaufen. Freilegung durch staat-
liche Anstalt mit 25 Proz. des
Bettes. Baugelder werden auf
Bauzins bewilligt.

Näheres: Neander Biegel
(Hans & Friedrich), Küftringen.



Empfehle:
Angelschäffische, Notungen,
Goldbarsch, Schollen,
Fischardnabe, Seelachs,
Cabian, grüne Serringe,
leb. Muscheln,
Salzheringe 200, 50, 70, 1 Mt.
Meer Bücklinge, täglich frisch.
Meer Spinnen u. Marinaden.

Joh. Stehnke,
Dänische Fischgroßhandlung,
Küftringen,
Wilhelmshaven Straße 29.
Telephon 732.

Sohlen-Ausschnitt

mit prima gegerbter Leder
„Grüne Sohlen“
unvergleichlich haltbar

Unterabschlehen
mit u. ohne echten Lederabschlehen,
Continental-Gummiabsätze
in allen Größen und Formen
kaufen Sie am besten bei
Ocker & Neveling,
Bismarckplatz.

Margarine ff.

1 Pfd. 60 Pf., 10 Pfd. 5.80,
Feinste Pflanzenbutter
zu 65 und 80 Pf. pro Pfd.
Bei Rübeln und Rübeln zu
Fabrikpreisen.

J. H. Cassens
Küftringen, Peterstr. 42
und Schaar.

Frisches
Wurstschmalz

5 Pfund 1.50 Mt.
empfiehlt

E. Langer

Reine Straße 10.

Geschäfts-Verlegung.

Vom heutigen Tage ab befindet
sich mein Geschäft Einwarden-
Kolone, im Hause des Gastwirts
Gerhard Vossens.

Theodor Fehrmann,
Barbier und Friseur.

Einwarden.

Bringe in empfehlende Erinnerung
— mein —

Obst- u. Gemüsegeschäft

Stets vorrätig:
Weintrauben, Birnen, Äpfel,
Wassermelonen, Hofmelonen u. Feigen.

Felix Junghändel.

Öffentl. politische Versammlungen

finden statt in

Accum: Am Sonntag, den 10. Dezember, nach-
mittags 4 Uhr, bei Herrn Eggers-Accum.

Rever: Am Dienstag, den 12. Dezember, abends
8.30 Uhr, im Hotel „Zur Traube“.

Müsterfeld: Am Mittwoch, den 13. Dezember, abends
8.30 Uhr, bei H. Florke-Müsterfelderhof.

Sengwarden: Am Donnerstag, den 14. Dezember,
abends 8.30, bei Theodor Janßen-Sengwarden.

Sande: Am Sonnabend, den 16. Dezember, abends
8.30 Uhr, bei Joh. Mohls-Sanderbusch.

Sanderahn: Am Sonntag, den 17. Dezember, abends
7 Uhr, bei Johann Janßen-Sanderahn.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
Die Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie.

Referent: Reichstagskandidat Paul Hug-Küftringen.

Freie Diskussion.
Arbeiter, Bürger, Wähler, besucht zahlreich diese
Versammlungen.

Das sozialdemokr. Wahlkomitee

3. u. 4. Fr. Kröbel, Küftringen, Petersstraße 22.

Oldenburg.

Öffentl. politische Versammlungen

des sozialdemokr. Reichstagskandidaten
Redakteur Johs. Stellung aus Lübeck.

Osen: Am Sonnabend den 9. Dezember, abends
8.30 Uhr, im Lokale des Wirts Brandes.

Spivege: Am Sonntag den 10. Dezember, abends
6 Uhr, im Lokale des Wirts Klaußen.

Drielakermoor: Am Dienstag den 12. Dezember,
abends 8.30 Uhr, im Lokale des Wirts Schenmer.

Donnerschwee: Am Donnerstag den 14. Dezbr.,
abends 8.30 Uhr, im Lokale des Krähnberg.

Tagesordnung:
Die bevorsteh. Reichstagswahlen u. die Sozialdemokratie.

In allen Versammlungen: Freie Diskussion.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vorstand des sozialdem. Wahlvereins.

Tanzvergünstigungen

finden am Freitag in folgenden Lokalen statt:

Kaffeehaus Lilienburg

Zum deutschen Hause

Neubremmer Ballhaus

Etablissement Colosseum



Empfehle:
Große und kleine Schellfische,
Große und kleine Schollen,
Auerhahn, Seelachs,
Kadilau, Fischardnabe,
Notungen, Goldbarsch,
Steinbutt, Seibutt,
Zander, Lab. Karpen,
Lab. Schlei, Barsche,
Zuppentee, feine
große und fl. grüne Serringe,
Schwarze Muscheln,
Reine Under Salzheringe.

J. Helms, Fischhandl.
Bismarckstraße Küftringen
Wilhelmsh. Str. Tel. 455.

Zum Anfertigen

von Haaröpfen, Puppenperrücken
Haarketten; ferner zum
Zahnziehen, Schneiden sowie zum
Zahnreinigungsmittel
empfiehlt sich

Wilh. Reinbothe, Friseur,
Wilhelmshafenstraße 26.
Auch werden Haarstücke gelocht.

Billig zu verk. Nähmaschine.
Kaufstr. 12, J. G.

Zugelassen eine Henne.
G. Janßen, Kellnerstr. 15.

Darel-Land, Griechische Whede.

6 Reichstagswähler-Versammlungen

Sonntag den 10. Dezember er.

Müstermühle: Nachm. 4 Uhr beim Wirt Carstens.
Osenstraße: Abends 8 Uhr beim Wirt Schröder.

Referent: Landtagsabgeordn. Ad. Schulz-Küftringen.

Brunne: Nachm. 4 Uhr beim Wirt Rosenboom.
Wintelscheide: Abends 8 Uhr beim Wirt Kieck.

Referent: Landtagsabgeordn. Heitmann-Oldenburg

Wische-Neuenburg: Nachm. 4 Uhr beim Wirt Wilsen.
Jeck: Abends 8 Uhr beim Wirt Wilsen-Johann.

Referent: Verbandsvorst. C. Winkelmann-Bremen.

Tagesordnung:
Der Reichstagswahlkampf u. die Sozialdemokratie.

Freie Aussprache. Jedermann ist freundlichst eingeladen.

Der Einberufer.

Zur Aufklärung

über die Herstellung von Palmöl

Es besteht vielfach noch die Ansicht, Pal-
min sei ein aus verschiedenen Fetten zu-
sammengesetztes Kunstprodukt, das irgend
welche unbekannten Zusätze oder Bei-
mischungen enthalte.

Obwohl schon der überaus reine Ge-
schmack des Palmins erkennen läßt, daß
diese Anschauung auf einem Irrtum be-
ruht, erklären wir, um Mißverständnisse
zu beseitigen:

**Palmöl ist absolut reines Pflan-
zenfett und besteht einzig
und allein aus dem sehr fettsäure-
reichen Fleisch der Kokosnuß; es wird
daraus durch Pressung und Rei-
nigung gewonnen und weist
keinerlei Zusätze irgend eines
anderen Stoffes auf (auch kein
Wasser), enthält vielmehr 100%
reines Fett.**

Palmöl ist neuerdings auch weich
(schmalzähnlich) zu haben.

H. Schindt & Cie. H. G.



Verlobungs-Karten

Geschmackvolle Muster
Lieferung schnell u. preiswert.

Paul Hug & Co.

Peterstraße. Filiale Ulmenstraße.

Volksküche Küftringen

Freitag: Bunte Bohnen m. Spitz.

Restaurant Viktoria

Gute Uhlant- und Wellmü-
Freitag den 7. Dezember er.

— Großer —

Preis-Skat

erster Preis eine fettsäure-
reiche Bohnenmahlzeit

Louis Warneda

Lafitzen

1 Stange 9 Pf.
sowie Zählhölz empfiehlt

J. H. Cassens

Küftr., Peterstr. 42, Schaar.



Heute Freitag:
frische fische
zu den billigsten Tagespreisen
empfiehlt

Fischhandlung Ferd. Mehlenthin
Werktstr. 17, beim Bahnhofsübergang
zu verkaufen

Konzerttitel
Bismarckstraße 11, part. lnt.

Billig zu verkaufen
eine Nähmaschine (fast neu),
sofortig, Eimerpump, Dampfbett,
Kinderwagen, Friederichstr. 35, u. r.

Billig zu verkaufen
eif. Westf. m. Mate., f. om. geb.
Kinderwagen, p. f. Beleuchtungs-
Möbelm. Küftr., Mittelstr. 10, p. r.